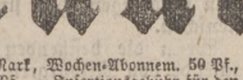
Breslauer  Zeitung.



Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 240. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Freitag, den 24. Mai 1878.**

Auf Ihren Bericht vom 10. Mai d. J. genehmige Ich, daß das der städtischen Bank zu Breslau durch das Statut vom 10. Juni 1848 (Gesetzsammlung Seite 145) auf einen Zeitraum von 15 Jahren, vom 1. Juni 1848 ab, ertheilte, durch Meine Erlasse vom 27. Mai 1863 beziehungsweise 1. März 1873 verlängerte Notenprivilegium auf Grund des durch Meinen Erlaß vom 28. April 1876 genehmigten neuen Statuts der Bank bis zum 1. Januar 1891 verlängert wird.

Berlin, den 16. Mai 1878.

Wilhelm.

Leonhardt. Eulenburg. Maybach. Hobrecht.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

54. Sitzung vom 23. Mai.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Hofmann, Graf zu Eulenburg, Friedberg. Die Tribünen sind überfüllt.

Ein Schreiben des Reichskanzlers theilt mit, daß die gerichtliche Untersuchung gegen den Abg. Most für die Dauer der Session eingestellt ist. Ferner sind weitere Mittheilungen über den Verlauf der Verhandlungen mit Nicaragua an das Haus gelangt.

Der Entwurf einer Rechtsanwaltsordnung wird auf Grund der Beschlüsse dritter Lesung definitiv angenommen.

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs zur Abwehr socialdemokratischer Ausschreitungen eröffnet der Präsident des Reichskanzleramtes Hofmann: Wenn ein Staat nicht zur Abwehr äußerer Feinde, sondern zur Abwehr von Gefahren, die in seinem Innern ihn bedrohen, zu außerordentlichen Maßregeln genöthigt ist, so entsteht für den Gesetzgeber eine eben so peinliche wie schwierige Lage; peinlich deshalb, weil, so verkehrt und so verderblich die Bestrebungen sein mögen, gegen die der Staat sich schützen muß, es doch immerhin die eigenen Angehörigen des Staates, die Mitbürger und Söhne desselben Vaterlandes sind, die von solchen Maßregeln betroffen werden; schwierig ist die Aufgabe des Gesetzgebers hauptsächlich deshalb, weil es sich darum handelt, auf der einen Seite energische Maßregeln zu ergreifen, die dem Uebel wirksam begegnen, und auf der anderen Seite doch das Maß zu halten, welches nöthig ist, wenn nicht die staatsbürgerliche Freiheit im Allgemeinen in ihren segensreichen Folgen für die politische Entwickelung ohne Noth verkümmert werden soll. Wir befinden uns in der soeben geschilderten Lage nicht erst seit heute oder gestern, sondern seit geraumer Zeit. Seit einer Reihe von Jahren ist die Aufmerksamkeit der Regierungen und jedes denkenden Staatsmannes in Deutschland der ernsten Frage zugewendet, ob wir den aus der socialdemokratischen Agitation erwachsenen Gefahren gegenüber ruhig abwarten sollen, und ob und welche Maßregeln zu ergreifen sind, um diesen Gefahren zu begegnen.

Die verbündeten Regierungen haben wiederholt Vorschläge über die zu ergreifenden Mittel gemacht, es ist aber bis jetzt noch nicht gelungen, eine Verständigung mit dem Reichstage herbeizuführen. Die Frevelthat des 11ten Mai hat die Frage, wenn auch nicht angeregt, so doch den äußeren Anstoß dazu gegeben, daß die Regierungen sich von Neuem die Frage vorlegen mußten, ob es mit ihrer Verantwortlichkeit für die Ruhe und Sicherheit des Vaterlandes vereinbar sei, daß sie länger die Hände in den Schooß legen und nichts thun, um den von ihnen seit Jahren erkannten Gefahren entgegenzutreten. Die Regierungen haben die Verantwortlichkeiten nicht länger tragen zu können geglaubt. Indem sie den vorliegenden Gesetzentwurf dem Reichstage unterbreitet haben, war es nicht ihre Absicht, von Ihnen ein Vertrauensvotum zu verlangen; es war lediglich Ihre Absicht, ihre eigene Verantwortlichkeit zu decken. Wir machen Ihnen das Anerbieten, mit uns durch gesetzgeberische Maßregeln den von mir bezeichneten Gefahren entgegenzutreten. Wenn der Reichstag auch heute noch der Ansicht ist, daß es nicht an der Zeit sei, derartige Maßregeln zu ergreifen, so werden die verbündeten Regierungen wenigstens vor dem Vorwurf geschützt sein, daß sie es an der nöthigen Energie und Initiative hätten fehlen lassen. (Unruhe.) Die Verantwortlichkeit dafür, daß nichts geschieht, wird dann nicht die Regierung, sondern den Reichstag treffen. (Beifall rechts.) Was die Mittel zur Abhilfe betrifft, so lag kein Zweifel darüber vor, daß man dieser Agitation nur auf dem Wege der Gesetzgebung wirksam entgegenereten kann, weil die Handhabung der jetzigen Gesetze auch in der strengsten Ausführung nicht ausreicht, wie die Erfahrung gelehrt hat. Wahrscheinlich wird auch heute der Einwand gemacht werden, daß einer geistigen Bewegung, einem Gedanken gegenüber die Gesetzgebung machtlos sei, daß man sie nur mit geistigen Mitteln bekämpfen könne. Diese Ansicht kann ich nur in gewissem Maße als richtig anerkennen. Den Ideen der Socialdemokratie kann man mit gesetzgeberischen Zwangsmaßregeln nicht entgegen arbeiten, dazu gehören geistige Kampfmittel; den socialdemokratischen Ideen entgegenzutreten, ist zunächst Aufgabe der Kirche. (Große Bewegung im Centrum. Heiterkeit.)

Es scheint, daß diese einfache Wahrheit ein gewisses Aufsehen macht? (Fortdauernde Bewegung im Centrum.) Die Socialdemokratie giebt das Schlagwort aus, daß sie Jedem ein menschenwürdiges Dasein bereiten wolle. Ein menschenwürdiges Dasein kann aber erst geführt werden durch die Religion und das religiöse Leben. (Lebhafter Beifall im Centrum und rechts.) Ich spreche dabei nicht blos von den arbeitenden Klassen, sondern auch von den Reichen und Gebildeten. Wenn man sieht, wie gerade der Kampf gegen die Religion in öffentlichen Versammlungen sogar von Frauen geführt wird, so habe ich vollständig Recht, zu behaupten, daß die Kirche es ist, die mit ihren Mitteln zunächst den Kampf gegen die socialdemokratischen Ideen aufzunehmen hat. (Windthorst: Sehr richtig!) Es ist auch die Schule, welche den Kampf führen muß, indem sie die Jugend nicht nur unterrichtet, sondern ihr in der religiösen Erziehung die sittliche Grundlage giebt. Es giebt noch andere Mittel geistiger Art, die Presse und die Vereine werden im bescheidenen Maße mitwirken. Aber alle diese Mittel helfen nichts, so lange nicht zugleich der Staat mit eintritt. Wenn der Arbeiter des Morgens in die Kirche geht und kommt dann Abends in eine Versammlung, wo die Religion von Frauen in aufreizender und höhnischer Weise verspottet wird, so wird der im Gotteshause empfangene Eindruck verwischt und die natürlichen Leidenschaften gewinnen wieder die Oberhand. Wenn der junge Mann die in der Schule erlernte Kunst des Lesens dazu benutzt, socialdemokratische Schriften und Zeitungen zu lesen, wenn er bei größerer Fähigkeit das Schreiben gebraucht, selbst socialdemokratische Artikel zu verfassen oder als Agitator aufzutreten, so sind alle Mittel geistiger Natur dagegen wirkungslos, wenn man das Treiben der Socialdemokratie wie bisher öffentlich gestattet.

Es handelt sich darum, daß man der Socialdemokratie die Mittel entzieht, welche die Gesetzgebung ihr selbst bietet. Auf dem Gebiete des Preß- und Vereinsrechtes kann der Staat wirksam einschreiten, und hier muß er einschreiten, wenn überhaupt das Umsichgreifen, das Wachsen und Zunehmen der Socialdemokratie verhindert werden soll. Wenn das richtig ist, so fragt es sich nur, ob der jetzige Zeitpunkt der geeignete ist. Ich erkenne an, daß in dieser Beziehung sich Zweifel erheben lassen. Aber wenn auch der Reichstag am Schlusse einer langen und anstrengenden Session steht, wenn es ein ungünstiges Moment ist, daß der leitende Staatsmann durch Krankheit verhindert ist, an den Verhandlungen theilzunehmen, so darf man doch, wenn man die Richtigkeit eines gesetzgeberischen Vorgehens anerkennt, keinen Augenblick verlieren; je eher wir thun, was gethan werden muß, desto besser ist es. Es giebt zwei Wege, wie die Gesetzgebung eingreifen kann: die allgemeine und die Special-Gesetzgebung. Die Regierungen haben den letzteren Weg eingeschlagen, der sich lediglich auf die Abwehr der bestimmten Gefahren bezieht, ohne dabei andere politische Bestrebungen in Mitleidenschaft zu ziehen. Sie glaubten damit die staatsbürgerliche Freiheit besser aufrecht zu erhalten, als durch eine allgemeine Gesetzgebung, durch eine Revision der Preß- und Vereinsgesetzgebung. Diese letzte würde entweder so milde ausfallen, daß sie gegenüber der Socialdemokratie keine genügende Handhabe bietet, um das zu erreichen, was erreicht werden muß, oder aber, man legt in die allgemeine Gesetzgebung wirklich die gegen die Socialdemokratie nothwendigen Waffen, so werden die anderen politischen Bestrebungen unter dasselbe Regime gestellt und dadurch die Freiheit in Deutschland mehr geschädigt, als wenn man das Gesetz auf die socialdemokratischen Bestrebungen beschränkt. Von diesen Gesichtspunkten aus möchte ich Sie bitten, sich den Absichten der verbündeten Regierungen anzuschließen. (Beifall rechts.)

Namens der socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten verliest darauf Abg. **Liebknecht** folgende Erklärung: Der Versuch, die That eines Wahnwitzigen, noch ehe die gerichtliche Untersuchung geschlossen ist, zur Ausführung eines lang vorbereiteten Reactionsstreiches zu benutzen und die „moralische Urheberschaft" des noch unerwiesenen Mordattentats auf den Deutschen Kaiser einer Partei aufzuwälzen, welche den Mord in jeder Form verurtheilt und die wirthschaftliche und politische Entwickelung als von dem Willen einzelner Personen ganz unabhängig auffaßt, richtet sich selbst so vollständig, daß wir, die Vertreter der socialdemokratischen Wähler Deutschlands, uns zu der Erklärung gedrungen fühlen: Wir erachten es mit unserer Würde nicht vereinbar, an der Discussion über das dem Reichstage heut vorliegende **Ausnahmegesetz** theilzunehmen und werden uns durch keinerlei Provocationen, von welcher Seite sie kommen mögen, in diesem Beschluß erschüttern lassen. Wohl aber werden wir uns an der Abstimmung betheiligen, weil wir es für unsere Pflicht als Volksvertreter halten, zur Verhütung eines beispiellosen Attentats auf die Volksfreiheit das Unsrige beizutragen, indem wir unsere Stimmen in die Waagschale werfen. Falle die Entscheidung des Reichstages aus wie sie wolle — die deutsche Socialdemokratie, an Kampf und Verfolgung gewöhnt, blickt weiteren Kämpfen und Verfolgungen mit jener zuversichtlichen Ruhe entgegen, die das Bewußtsein einer guten und unbesiegbaren Sache verleiht. (Folgen die Unterschriften.)

Abg. **Jörg**: Ich habe die Rede des Präsidenten des Reichskanzleramts mit großer Genugthuung vernommen, ja sie hat mir einen Theil der meinigen vorweggenommen. Die Gefahren der Socialdemokratie unterschätze ich am allerwenigsten, aber in drei Jahren, wie die Vorlage annimmt, wird man mit ihr nicht fertig werden, dazu gehört die Arbeit einer Generation. Als ich nach dem ersten Auftreten Lassalle's auf die Gefahr hinwies, sagte man mir, ich machte aus der Mücke einen Elephanten. In den weitesten Kreisen legte man ihr damals keine Bedeutung bei und nur der Ministerpräsident v. Bismarck benutzte die Bewegung gegen die damals widerspenstige Bourgeoisie. (Sehr richtig links.) Seitdem ist die Bewegung zu einer Lawine angewachsen, so daß jetzt dem Reichstag ein Nothgesetz gegen sie vorgelegt wird und hat in Kreisen Eingang gefunden, die man sonst der Bewegung verschlossen wähnte. Es beweist dies, daß eine Verrückung der geltenden Lebensanschauung, eine geistige Verirrung eingetreten ist, die sich nur aus den großen socialpolitischen Veränderungen der letzten Zeit, aus unserem modernen Erwerbs- und Verkehrsleben erklären läßt. Der Schatten dieser Verhältnisse ist eben die Socialdemokratie, und man wird ihn nie in der Weise abtrennen können, wie beim seligen Peter Schlemihl (Heiterkeit). Daß jüngst hier zwischen Hrn. v. Helldorff und Hrn. Most ein Vergleich gezogen werden konnte, beweist nur, wie dunkel der Schatten ist, den unsere gesammten gesellschaftlichen Verhältnisse werfen. Die heutige Vorlage beweist, daß es in Preußen und im Reich auf dem bisherigen Wege nicht fortgehen kann, daß man umkehren muß. Ich will die Vorlage weder vom juristischen, noch vom staatsrechtlichen Standpunkte aus prüfen; ich will nicht untersuchen, ob diese Kautschukparagraphen nicht in die ungeeignetsten Hände, in die des Bundesraths, gelegt werden, aber das steht fest: wird diese Vorlage Gesetz, dann darf das Publikum der Tribünen hier keine socialdemokratischen Reden mehr hören, diese Reden dürfen nicht mehr gedruckt werden (sehr richtig) und man wird sofort einen Zusatz zum Wahlgesetz machen müssen des Inhalts: Socialdemokraten und ihre Verbündeten sind weder activ noch passiv wahlberechtigt. (Heiterkeit.)

Der Präsident des Reichskanzleramts hat gesagt, seit Jahren beschäftige sich die Regierung mit Maßregeln gegen die Socialdemokratie. Ich bezweifle, daß diese Vorlage eingebracht worden wäre, wenn nicht das Attentat eines verkommenen Buben dazwischen gekommen. Daraus resultirt, daß wir es nicht nur mit einem Ausnahmegesetz, welches wieder eine staatsrechtliche Ausnahme bildet, zu thun haben, sondern mit einem Gelegenheits-, einem Zorngesetz, und der Zorn ist in politischen Dingen ein schlechter Rathgeber. (Sehr wahr!) Das Gesetz würde seinen Zweck nicht erfüllen. Die sogenannten wohlgesinnten Parteien würden sich auf die Polizei verlassen. Dieser aber würde die ihr übertragene willkürliche Gewalt bald die ruhige Ueberlegung rauben, sie würde blind zuschlagen und daneben treffen. Die Regierung würde sich selbst eine Kette ganz unabsehbarer Verwickelungen anlegen. Das napoleonische Sicherheitsgesetz wurde auch unter dem Titel zur Rettung der Gesellschaft erlassen. Es verlieh dem Kaiserreich allerdings nach außen einen trügerischen Glanz, konnte aber dessen jähen Sturz und den Mordkampf der Commune nicht verhindern. Das Gesetz würde allerdings die öffentliche Agitation der Socialdemokratie beseitigen, aber nur eine geheime Maulwurfsarbeit, die förmliche Conspiration herbeiführen (Sehr richtig), und man würde dann allerdings wissen, woher die Attentäter kommen. Die sociale Frage hat ihre Form als Magen- und Arbeiterfrage längst überwunden, selbst die Discussion über die Frage vom absoluten und relativen Eigenthumsrecht ist in den Hintergrund getreten, die Bewegung hat sich alliirt und amalgamirt mit dem Materialismus, und daraus ist der Fanatismus jenes neuen Islam ohne Allah und ohne Providenz entstanden. Ein solches geistiges Miasma, das die ganze sociale Welt durchschwirrt, fängt man nicht ein mit der Polizei. Und sind es denn nur socialdemokratische Blätter, welche den Materialismus predigen? Wollen Sie auch die moderne Wissenschaft hinter Schloß und Riegel stecken?

Wollen Sie die Katheder mit dem Interdict belegen? Gewiß nicht. Ist das aber der Fall, dann bedarf es eines neuen Bundes aller erhaltenden Elemente, Kräfte und Mächte im Staate und in der Gesellschaft, und die oberste erhaltende Macht hat der Präsident des Reichskanzleramts schon genannt: es ist die Kirche. Entfesseln Sie dieselbe, statt sie zu binden! (Beifall im Centrum.) Auch eine Regenerirung der Jugend ist nöthig. Ich fürchte die heutigen Socialdemokraten viel weniger als die, die aus unserer heutigen Jugend heranwachsen. Man hat in verfehlter politischer Berechnung die Schule mehr und mehr dem religiösen Einflusse entzogen und dadurch, ohne es zu wollen, ihre Thüren der Socialdemokratie geöffnet. (Sehr wahr.) Die moderne Pädagogik ist das Seminar der Socialdemokratie. Sie lehrt das Ueberheben über den Stand und säet so die Unzufriedenheit in alle Kreise der Bevölkerung. Vor Jahren hat der Reichskanzler sich mit der Idee getragen, organisatorische Schritte zur Lösung der socialen Frage zu thun. Er hat eine Conferenz der verschiedenen Regierungen zu diesem Zweck vorgeschlagen und auch drei Commissare ernannt, darunter die Herren Lothar Bucher und Wagner. Die Sache scheint allerdings im Sande verlaufen zu sein, aber sie beweist, daß früher in der großen Frage eine höhere Auffassung vorherrschte, als diese Vorlage sie documentirt. Zu dieser höheren Auffassung sollte die Regierung zurückkehren. Die Socialdemokratie hat allerdings bei uns ihre Hochschule, aber sie ist international, und deshalb müssen wir uns vor isolirenden Maßregeln hüten, namentlich vor Maßregeln der Gewalt. Es wäre das wahrscheinlich nicht ein Zeichen der Stärke dieses Reiches, alle Welt würde es als ein Symptom der Schwäche betrachten. Es geschieht zur größeren Ehre unserer Nation, wenn wir die Vorlage mit möglichst großer Majorität ablehnen. (Beifall.)

Abg. Graf **Bethusy-Huc**: Bei den durch mächtige Symptome klar gelegten Gefahren, welche die gegenwärtige Zeit aufweist, muß sich das Volk fragen, warum nichts geschieht, um es zu schützen. Gleichwohl werden die Vertreter des Volkes dem Drange der Nation nicht nachgeben. Das konnte die Regierung wissen und sie wußte es. In dieser Thatsache erblicke ich, obwohl ich für dieses Gesetz stimmen werde, allerdings ein Moment, welches die Regierung hätte bedenklich machen sollen, diese Vorlage einzubringen. Die Regierung kann sie doch unmöglich zu einer Cabinetsfrage machen; das ist undenkbar, da der Bundesrath, welcher sie gemacht hat, nicht demissioniren kann und eben so wenig, wie ich hoffe, der Reichskanzler. Die Gründe, welche gegen den Gesetzentwurf angeführt worden, sind theils Opportunitätsgründe, und als solche unzutreffend, theils können sie gegenüber der Sicherheit des Landes nicht in Anwendung gebracht werden. Es erscheint unmöglich, die Verantwortung für die Ablehnung einer solchen Vorlage zu übernehmen, wenn die Regierung dieselbe für die Sicherheit des Staates erforderlich glaubt. Die socialdemokratische Partei — wenn sie überhaupt den Namen einer Partei verdient — unterscheidet sich von anderen Parteien dadurch, daß sie nicht den einen oder anderen Grundsatz unseres Staatslebens anfeindet, sondern daß sie unsere gesammte sociale, sittliche und rechtliche Ordnung, die Kirche, die Monarchie, die Ehe und das Eigenthum negirt. Diese Partei bedient sich der Erregung der niedrigsten Leidenschaften, der Habsucht und des Neides, um das in Bewegung zu setzen, was sie ihre Arbeiterbataillone nennt. Befinden wir uns einer solchen Partei gegenüber nicht in einem Nothstand? Welcher Organismus duldet, wenn er sie ausscheiden kann, fremde giftige Stoffe in sich? Wenn daher andere Parteien eine Anwendung dieses Gesetzes auf sich fürchten, so sind diese Befürchtungen unbegründet; man darf auch nicht übersehen, daß bei der Ausführung dieses Gesetzes dem Reichstage eine wichtige Stimme in allen Stadien vorbehalten ist.

Schon die Stellung meiner Partei muß vor dem Irrthum schützen, als ob mit der Vorlage der Anfang einer Reactionsperiode gemacht würde; wir würden mit unserer ganzen Geschichte brechen und die Zukunft unserer Partei aufgeben, wenn wir jemals beitragen wollten, eine Reaction einzuleiten. Mit Betrübniß aber sehe ich, daß wir das erste Mal in einer wichtigen politischen Frage mit der nationalliberalen Partei uneins sind. Wenn ich auch nicht wünsche, daß in unserem Vaterlande die Regierung mit der jeweiligen Majorität wechseln möge, so hat doch eine Partei, welche so viel zur Einigung des Deutschen Reiches beigetragen, einen Anspruch auf Theilnahme an der gesetzgeberischen Initiative. Ich kann mir aber nicht denken, daß die nationalliberale Partei lediglich wegen des Scheiterns der bekannten Verhandlungen hier der Regierung Widerstand leisten wird. Man hat darauf hingewiesen, daß man der Regierung weit mehr gegeben hätte, wenn ihre Forderungen sich auf dem Gebiete der allgemeinen Gesetzgebung bewegten. Von anderer Seite ist hervorgehoben worden, daß man dem Arbeiterstande die gerechten Gründe zu Beschwerden, welche die gegenwärtige wirthschaftliche Misere mit sich bringt, nehmen müsse. Nun erinnere ich daran, daß die socialdemokratische Bewegung ihren Anfang nicht zur Zeit wirthschaftlicher Misere, sondern in der Zeit des Ueberflusses genommen hat, und daß sie nicht von 1870 datirt, sondern daß den Culturvölkern in allen Jahrhunderten solche Bewegungen nicht erspart geblieben sind. Ich leugne nicht, daß auf diesem Gebiete Manches zu verbessern ist, alle Mißstände können aber nicht abgestellt werden, und eben so wenig kann die ganze wirthschaftliche Misere auf dem Wege der Gesetzgebung ihre Aufbesserung finden. Es ist möglich, daß die Befürchtungen, welche man gegen die von dem Gesetzentwurf vorgeschriebenen Maßregeln geäußert hat, nicht ganz unbegründet sind. Wir dürfen aber kein Mittel unversucht lassen, um der socialdemokratischen Bewegung den Zugang zu den von ihr noch nicht angesteckten Schichten der Arbeiter zu versperren.

Auch wir sind der Meinung, daß Kirche und Schule die geeignetsten Mittel sind, um der Bewegung entgegenzutreten; wir verbinden damit nur einen anderen Begriff, als die Partei des Vorredners. Man betrachtet im Volke den gegenwärtigen Zeitpunkt als einen solchen, in dem etwas geschehen muß, und wenn gesagt worden ist, daß man hier ad irato ein Gesetz in re propria machen wolle, so ist es eben die Nation, welche diese Angelegenheit als ihre eigene Sache ansieht. Eine klare Fassung wäre freilich der Vorlage zu wünschen gewesen. Man könnte dazu durch ein Amendement gelangen, welchem gewiß die Regierung ihre Zustimmung ertheilen würde. Was die Frage betrifft, ob auch die Bestrebungen der christlich-socialen Partei von den Bestimmungen des Gesetzentwurfes betroffen werden sollen, so bin ich der Ansicht, daß wenn die Socialdemokratie eine krankhafte Beule ist, die Partei der Christlich-Socialen eine der Adern bildet, welche am geeignetsten ist für die Zufuhr des Giftes. Bei einzelnen Führern dieser Partei ist es schwer zu unterscheiden, ob sie von dem Streben, Mißständen abzuhelfen, oder nur von der Eitelkeit beseelt sind. Von jener Seite sind die schwierigsten Probleme der Nationalökonomie mit geradezu kindlichem Leichtsinn in die Welt geworfen worden, und ich halte objectiv diese Herren für gefährlicher als die Socialdemokraten von reinem Wasser. Ich bitte Sie, den Gesetzentwurf anzunehmen und hoffe, daß die Regierung einen ebenso entschlossenen wie vorsichtigen Gebrauch davon machen wird. Zu einer Beschränkung unserer verfassungsmäßigen Rechte würde ich nie meine Zustimmung geben; aber ich kann in einer vorübergehenden, durch die Gefahr dictirten Bestimmung, eine solche Beschränkung nicht finden.

Abg. **v. Bennigsen**: Auch ich kann mit meinen Freunden nur bedauern, daß es dem Vorredner und seinen Parteigenossen nicht möglich ist, in dieser wichtigen Frage mit uns zu stimmen. Das soll uns aber nicht abhalten, künftig bei wichtigen politischen Fragen unserer Uebereinstimmung vollen Ausdruck zu geben, wo sie möglich ist. Zu meinem Bedauern hat der Vorredner gesagt, die Regierung habe diese Vorlage eingebracht, obwohl sie gewußt habe, daß die Mehrheit des Reichstages sie ablehnen werde. Ich richte die ausdrückliche Aufforderung an die Vertreter der verbündeten Regierungen, dieser Behauptung entgegenzutreten. Ich will nicht sagen, wie ich ein solches Vorgehen der Regierung auf einem von ihr selbst als höchst gefährlich und wichtig bezeichneten Gebiet nennen soll. Bei so bedeutungsvollen Maßregeln, angeregt durch die preußische Regierung im Bundesrath, setzt sich jede Regierung der Gefahr aus, daß die Vorlage nicht angenommen wird, auf diese Gefahr hin muß sie handeln nach ihrer Ueberzeugung von dem, was dem Lande und dem Reiche noththut. Ist aber die preußische Regierung überzeugt gewesen, daß die Vorlage im Reichstage nicht angenommen wird, dann wird nur zu sehr den umlaufenden Gerüchten Nahrung gegeben, daß die Vorlage weniger gegen die Socialdemokratie gerichtet sei, sondern daß man es auf anderweitige politische Coups abgesehen habe. (Hört! hört! Sehr wahr! links. Unterbrechung rechts.) Die Regierung ist verpflichtet, solchen Annahmen entgegenzutreten, da eine sich ihrer Verantwortlichkeit bewußte Regierung mit so gefährlichen Dingen nicht spielen sollte. (Sehr wahr! links.) Der Präsident des Reichskanzleramts hat die Verantwortlichkeit anerkannt, die mit der Einbringung der Vorlage im jetzigen Moment, kurz vor Schluß des Reichstags, verbunden ist, zumal sie durch das Attentat auf die ehrwürdige Person unseres Kaisers äußerlich veranlaßt worden sei.

Wir verkennen die von der Socialdemokratie drohenden Gefahren nicht, ihren Ausschreitungen muß entgegengetreten werden, und zwar in möglichst kurzer Zeit, aber auf andere Weise, als in diesem Gesetz vorgeschlagen wird. Schon seit Jahren hat die Regierung die Nothwendigkeit eines Einschreitens gegen die socialdemokratischen Ausschreitungen erkannt; um so mehr ist zu bedauern, daß die Vorlage mit dem Attentat auf den Kaiser in Zusammenhang gebracht worden ist. (Sehr richtig, links.) Welche Empfindungen der Mordanfall eines nichtsnutzigen jugendlichen Subjects in der ganzen Nation hervorgerufen hat, dem hat in der erhebendsten Weise unser Kaiser in seinem öffentlichen Erlasse den würdigsten Ausdruck gegeben. (Sehr wahr, links.) Da ist die That des Einzelnen gegenübergestellt den vielseitigen Kundgebungen der Liebe der Nation zu ihrem Kaiser. (Beifall.) Es ist zu befürchten, daß eine solche Gesetzgebung ab irato die wohlthuende Bewegung, die nach dem Attentate durch das deutsche Volk ging, unterbricht. Die Vorlage trifft Bestimmungen über Druckschriften, Vereine und Versammlungen, sie giebt außerordentliche Befugnisse mit Beseitigung der Vorschriften des gemeinen Rechts an Organe, von denen ich behaupten muß: weniger geeignete zur Handhabung solcher außergewöhnlichen Gewalt konnten gar nicht gefunden werden. (Sehr wahr! links.) Der Bundesrath ist nur einen Theil des Jahres versammelt; was soll nun im übrigen Theil des Jahres geschehen, wo diese Körperschaft nicht vorhanden ist? Der Bundesrath kann auch durch seine einzelnen Mitglieder den einzelnen Fall nicht wie eine Verwaltungsbehörde, ein Collegium oder ein Gericht zuverlässig und unbefangen entscheiden, da sie das Ergebniß der Prüfung nicht immer auf ihren Ausspruch anwenden können, weil sie lediglich nach Instructionen ihrer Regierungen handeln. (Sehr richtig, links.)

Kann man einer solchen Körperschaft derartige Erwägungen und Entschließungen anvertrauen? Daß der Bundesrath nicht immer versammelt ist, wird sich auch besonders fühlbar machen, wo er Polizeimaßregeln innerhalb vier Wochen bestätigen soll. Soll da der Bundesrath zusammentreten?

Oder soll der Bundesrath alle vier Wochen zusammentreten? Nun werden dem Reichstage Befugnisse übertragen. Wir haben ja in der preußischen Verfassung eine Vorschrift, wonach Verordnungen auf Verantwortlichkeit des ganzen Staatsministeriums in einem Nothstande ertheilt werden können, jedoch nachher der Genehmigung des Landtages unterbreitet werden müssen. Hier handelt es sich um Vereine, Versammlungen und Druckschriften. Wenn also der Bundesrath auf Grund gefährlich scheinender Artikel ein Blatt verbietet, dann müssen diese Artikel dem Reichstag zur Prüfung vorgelegt werden. Nun denken Sie sich die Verhandlungen dieses Körpers, der im Plenum oder in einer Commission, deren Beschlüsse ebenfalls vom Plenum geprüft werden, über Inhalt, Bedeutung und Gefährlichkeit vielleicht von Dutzenden von Artikeln berathen und entscheiden soll! Ist das eine Aufgabe für eine solche politische Körperschaft? Wenn der Bundesrath schon mit 58 Personen nicht geeignet ist, solche Prüfungen vorzunehmen, wie soll eine Körperschaft von 400 Personen dazu in der Lage sein? (Sehr richtig.) Nun denken Sie, daß in einem bestimmten Falle — und an schwierigen Erwägungen würde es nicht fehlen — der Reichstag sich beim besten Willen nicht überzeugen kann, daß von diesem Gesetze eine richtige Anwendung von Seiten des Bundesraths gemacht worden ist. In welcher bösen Lage ist da der Reichstag, und welches Licht soll fallen auf den Bundesrath? Der Reichstag kann nicht wider seine Ueberzeugung handeln, um die Autorität des Bundesraths nicht abzuschwächen. Verwirft der Reichstag in einzelnen Fällen die Bestätigung der Maßregel des Bundesraths, was ist dann? Das Hohngelächter der socialdemokratischen Agitation werden Sie haben, und die Autorität des Bundesraths wird den größten Schaden darunter leiden. Das sind also die Formen und Organe, in denen diese Ausnahmsvorschriften gehandhabt werden sollen. Was hier Grundsatz der polizeilichen Maßnahmen sein soll, sind die Ziele der Socialdemokratie.

Die §§ 4 und 5 enthalten die Strafvorschriften. Man vergleiche diese Paragraphen mit den vorhergehenden Bestimmungen; der Richter wird niemals in der Lage sein — und nach der ganzen Anlage eines solchen Gesetzes kann er es eigentlich gar nicht — zu entscheiden, ob hier wirklich Ziele der Socialdemokratie richtig getroffen sind; vielmehr hat der Richter als Grundlage für das Strafurtheil nur zu constatiren, ob Druckschriften und Vereine vom Bundesrath verboten sind, ob Versammlungen oder Vereine aufgelöst sind und eine verbotswidrige Theilnahme an denselben doch noch stattgefunden habe, ob das Verbot erfolgt ist auf Grund einer richtigen Prüfung bei den Polizeibehörden resp. beim Bundesrath. Nun würde das vielleicht nicht so bedenklich sein, wenn es sich hier um einen ganz klaren und bestimmten Begriff handelte. Aber hier komme ich auf die allerschwerste und gefährlichste Seite der Sache. Was sind denn die Ziele der Socialdemokratie? Alle Ziele der Socialdemokratie werden nicht auf einmal verfolgt weder in einer Druckschrift noch in einem Vereine oder einer Versammlung. In dem einzelnen Falle handelte es sich nur um gewisse Ziele. Unter diesen Zielen sind nun viele, von denen, ich möchte sagen, jeder Menschenfreund, jede wohlmeinende Regierung einen Theil auch unter ihre Aufgaben aufnimmt: die Aufgaben der Privatthätigkeit, der öffentlichen Thätigkeit in Gemeinde, Staatsverwaltung, in der Gesetzgebung. Wir haben hier bei den Berathungen dieses Hauses gesehen, daß auch unsere Gesetzgebung, wo es sich um die Schonung der weiblichen Arbeiter und Kinder handelte, sich ebenfalls mit Aufgaben beschäftigt hat, welche die Socialdemokratie unter ihre Ziele aufgenommen hat. Zu den Zielen der Socialdemokratie gehört im Allgemeinen die Verbesserung der arbeitenden Bevölkerung in ihrer wirthschaftlichen Stellung, und welcher humane Gesetzgeber wird sich solche Ziele nicht auch stecken? Nun wollen wir einmal auf die tiefere, wissenschaftliche Grundlage bei der Bewegung der Socialdemokratie eingehen.

Die Formen der Production, die Art und Weise, wie sie sich entwickelt haben, wie sich Gewinn und Vortheil gestaltet haben, wechseln; die Zeitalter der europäischen Geschichte charakterisiren sich nach dem verhältnißmäßigen Ueberwiegen oder Zurücktreten des Vortheils, der für die einzelnen Factoren bei der Production hervortritt. Die Bewegung der großen Formen volkswirthschaftlicher Production ist wirthschaftlich und wissenschaftlich, d. h. auf dem Gebiete der Volkswirthschaft, zu begreifen und in wissenschaftlichen Werken zu behandeln, und über die erwünschteste und heilsamste Form, über die Vertheilung der Gewinne, über das, was bei der wirthschaftlichen Fortentwickelung der ganzen Nation nothwendig ist, — darüber können auch die wissenschaftlichen, nicht blos die praktischen Meinungen der Gesellschaft und der Gesetzgeber sehr getheilt sein. Wenn Sie nun finden, wie Männer ersten Ranges, — ich will von Lebenden nicht reden, — wie z. B. der verstorbene Herr v. Kühne, der bedeutendste wissenschaftliche Nationalökonom, den Deutschland hervorgebracht hat, denkt, und manches von demjenigen, was jetzt die socialdemokratische Bewegung beschäftigt, wie also eine bessere Verbindung von Unternehmergewinn, Capital, Zinsen und Arbeitslohn durch die Productivgenossenschaften herbeigeführt werden kann, wenn er sich wissenschaftlich mit der Verallgemeinerung der Productivgenossenschaften beschäftigt, während in Reden und Büchern schon viel gefährlichere Fragen des Collectiveigenthums und Privateigenthums von den Lehrern an den Universitäten vorgetragen werden (Rufe: Hört!), dann soll dies als mit socialdemokratischen Zielen identisch unter das Polizeiverbot fallen. Daraus ergiebt sich, daß diese Maßregeln ebensowohl Ausschreitungen wie humane Bestrebungen und wissenschaftliche Untersuchung treffen können. Ehe man zu Maßregeln gegen die Socialdemokratie schreitet, sollte man fragen: hat denn die Verwaltung und Gesetzgebung ihre Pflicht vollständig gethan? Ist auf dem gewöhnlichen Wege nichts mehr zu machen? Die Pflicht des Staates ist nicht allenthalben voll und ganz erfüllt worden.

Ich erinnere an die Massendemonstrationen der allergefährlichsten Art bei Leichenbegängnissen in Berlin, an den groben Unfug in Versammlungen mit Frauen und Kindern (Sehr richtig), an die Aeußerungen der strafbarsten Art unter den Augen der Verwaltung, ohne daß diese dafür sorgt, daß Wort und Sinn der Aeußerungen durch Aufzeichnung fixirt werden, so daß dem Richter die Strafbarkeit der Aeußerungen entschlüpft. Solche Dinge dürften schon an der Hand der jetzigen Gesetzgebung nicht geduldet werden. (Sehr wahr.) Es ist nothwendig, daß zunächst die bestehenden Gesetze bis an die äußerste Grenze des Zulässigen ausgeführt werden. (Sehr richtig!) Besser wäre es gewesen, wenn die Regierung statt dieses Ausnahmegesetzes ein Reichsvereins- und Versammlungsrecht vorgelegt hätte. (Sehr richtig.) Diese Vorlage wird die Mehrheit des Reichstages nicht finden und das ist für die Autorität der verbündeten Regierungen nachtheilig; außerdem ist es auch kein günstiger Vorgang für die in Aussicht genommene Reform des Vereins- und Versammlungswesens. Wir hoffen, daß die Regierung, wenn diese Vorlage abgelehnt wird, mit der Ausarbeitung eines Reichsvereins- und Versammlungsgesetzes für die nächste Session nicht zögern wird. Sie hätte dies schon seit vier Jahren thun sollen, und wir würden sie hierin unterstützt haben, werden sie auch in der nächsten Session unterstützen. Stellt sich im Laufe des Sommers heraus, daß bei der großen Gefahr, der man begegnen will, es nicht gut sei, mit der Einberufung des Reichstages bis zum nächsten Februar zu warten, so kann derselbe ja schon im Herbst ordentlich einberufen werden, und will man das nicht, so kann man ja für diese Gesetzgebung auf den Boden des gemeinen Rechts eine Versammlung für October oder November einberufen. So gesund wird wohl noch die Grundlage unserer staatlichen Ordnung sein, daß man 3 bis 4 Monate den jetzigen Zustand ertragen kann, namentlich wenn die bestehenden Gesetze energisch gehandhabt werden.

Ich komme zu den Folgen und der Bedeutung eines solchen Gesetzes. Wir haben in Deutschland schon ähnliche Gesetze ins Leben treten sehen, z. B. nach dem Attentat von Sand auf Kotzebue; in Frankreich zu zwei Malen: die Septembergesetze unter der Julidynastie und die Sicherheitsgesetze unter dem Regiment Napoleon III. Was haben diese Gesetze für eine Wirksamkeit geübt? Sie haben das Erwartete entweder gar nicht, oder nicht nachhaltig geleistet, verhängnißvoll sind sie aber alle gewesen in ihren weiteren Wirkungen für diese Länder, auch für die Regierungen, die solche Gesetze erlassen haben. Die Gesetzgebung hat die Aufgabe, in den schwierigsten, verwickeltsten, gefährlichsten Lage den Kopf klar zu behalten, ruhig zu bleiben da, wo die Leidenschaften die Besorgnisse noch sehr überschreiten. Wird die Gesetzgebung dieser Aufgabe nicht gerecht, so ist von vornherein wahrscheinlich, daß sie nicht wohlthätig wirkt. Erinnern Sie sich doch an die Gesetzgebung nach dem Attentat von Sand auf Kotzebue. Die Karlsbader Beschlüsse und das sich auf sie stützende politische Regiment haben wesentlich den Gegensatz zwischen Regierung und Regierten in Deutschland hervorgerufen und das bestehende Verhältniß vergiftet. Wenn noch heute vielfach eine Verwirrung der Begriffe insofern vorhanden ist, daß man glaubt, bürgerliche Freiheit sei unvereinbar mit einer festen Autorität, einer energischen Regierung, Verwaltung und Justiz, so datiren die Reste dieser falschen Auffassung aus der unseligen Zeit, wo die Polizei und Verwaltung auf Grundlage solcher Ausnahmebestimmungrn den Deutschen verhaßt wurde, wo zuletzt dieses Regiment zusammengebrochen ist in der revolutionären Erhebung von 1848 und die politische Combination auf Grundlage dieser ganzen damaligen Zeit, die Herrschaft Oesterreichs in Deutschland untergegangen ist in dem Kriege zwischen Preußen und Oesterreich und in dem Bruderkriege in Deutschland im Jahre 1866. Wir haben jetzt eine Verfassung, constitutionelle Freiheiten, Rechtsordnungen. Die Zeiten sind vorüber, wo man auch die Ziele der deutschen Gesinnungen, der nationalen Ideen verfolgte und unter Strafe stellte, während später der Herrscher Preußens mit seinen Armeen diesen Gedanken zur Durchführung gebracht und das Deutsche Reich aufgerichtet hat gegenüber allen Widerstrebenden und es vertheidigt hat in Europa, als noch einmal in Frankreich um dasselbe gekämpft werden mußte.

Wir wollen den Versuch machen, auch auf diesem Gebiete die bürgerlichen Freiheiten, feste Ordnung und energische Verwaltung zu vereinigen auf dem Boden des für Alle gleichen Rechtes. Wir weisen den Gedanken zurück, daß, so lange nicht Alles vergeblich versucht ist, man zu diesen Ausnahmemaßregeln greift, die Hunderttausende deutscher Mitbürger betreffen würden. Der Staat kann in gefährliche Lagen kommen, welche eine zeitweilige Dictatur nothwendig machen, dann müssen alle Bürger und namentlich diejenigen, deren Uebelthaten solche Zustände geschaffen haben, die Folgen tragen. Aber sind denn die Zustände in Deutschland nun auf einmal über Nacht so verhängnißvoll geworden, daß wir zu diesem äußersten und verzweifelten Mittel greifen müssen, daß wir der deutschen Nation und ihren Einrichtungen das Zeugniß ausstellen, es könne die Ordnung ohne Ausnahmegesetze nicht aufrecht erhalten werden. Ist das aber der Fall, dann muß man sich fragen, liegt die Schuld, daß die Autorität der Behörden so erschüttert ist, lediglich an der socialdemokratischen Bewegung? Es ist peinlich, aber man kann es doch nicht vermeiden in einem solchen Zusammenhange, wo Maßregeln dictatorischer Gewalt dem Bundesrathe übertragen werden sollen, in welchem die Vertreter Preußens das Schwergewicht bilden, von den Zuständen zu sprechen, wie wir sie augenblicklich in der Regierung des Reiches und Preußens haben. Ich habe mir sagen lassen — und finde es gar nicht so lächerlich und unwahrscheinlich — daß die Conservativen selbst Bedenken getragen haben, ob man für drei Jahre so weite Befugnisse der Regierung anvertrauen solle, denn Niemand könne sagen, weß Geistes die Personen der Regierung in dieser Frist sein werden. Seit dem Bestehen der Verfassung im Reich und in Preußen sind die Zustände niemals so schwankend gewesen, wie in diesem Augenblicke. (Hört!) Das Verhältniß der Regierung zum Reichstage und zum preußischen Abgeordnetenhause ist jedenfalls seit dem vorigen Jahre nicht besser geworden.

Der bedeutende Mann, der an der Spitze beider Regierungen steht, ist seit Jahr und Tag leidend, so daß er trotz aufopfernder Hingebung doch nur einen Theil der Geschäfte führen kann, welche ihm nach Verfassung und Gesetz obliegen. Trotzdem vom Reichstage die Mittel bewilligt sind, ist noch heute der verantwortliche allgemeine Stellvertreter des Reichskanzlers noch nicht in Function getreten. Eben so ist es mit dem für unsere wirthschaftlichen Verhältnisse so wichtigen Amte des Schatzsecretärs. In Preußen ist die Ministerkrisis in Permanenz (Sehr wahr!), nicht blos, daß ein Wechsel im Gesammtministerium stattgefunden hat, gleichzeitig mit dieser Vorlage kommt das beunruhigende Gerücht an das Land, daß auch der Cultusminister sein Amt niederlegen werde. Ich brauche nicht auszuführen, welche Verwirrung und weitere Zersetzung innerhalb des Staatsministeriums ein solcher Schritt hervorrufen würde. Selbst wenn dieser Rücktritt vermieden wird, werden für eine längere Zukunft unsere Zustände fest und dauernd nicht gesichert sein. (Sehr richtig!) Denn den aufmerksamen Beobachtern der Verhältnisse konnte es nicht unbekannt bleiben, daß die Stellung dieses angesehenen Ministers schon seit längerer Zeit schwer erschüttert war. (Rufe rechts: Zur Sache!) M. H.! Man ruft: Zur Sache! Wenn es sich darum handelt, dictatorische Gewalt in Anspruch zu nehmen, dann muß man doch vor allen Dingen wissen: Wer übt sie aus? Ist Vertrauen und Zuversicht vorhanden, daß sie in bestimmter, fester Richtung nachhaltig ausgeübt wird? Sonst kann man eine solche Gewalt nicht übertragen, ohne daß die Gefahren, die man abwehren will, noch größer werden. (Sehr richtig!) Gewiß ist durch die Ausschreitungen demagogischer Agitationen innerhalb der socialdemokratischen Partei die Autorität der Regierung vielfach untergraben, daß Gefühl für die Grundlagen der religiösen und staatlichen Ordnung erschüttert und namentlich auch schon in jungen Gemüthern zerstört worden, aber es giebt doch auch noch andere Erscheinungen, die hiermit in ursächlichem Zusammenhang zu bringen sind und sich leider in der Verwilderung ganzer Massen gezeigt haben.

Ich will hier auf die Verhältnisse des sogenannten Culturkampfes nicht eingehen; nur soviel will ich sagen, daß es ein Verhängniß für Deutschland war, daß nach den Kriegen, durch welche unsere Verfassung und Rechtsordnung geschaffen werden mußte und nach dem wirthschaftlichen Verfall, der dem kolossalen Aufschwung der wirthschaftlichen Bewegung folgte, zu dem Anwachsen der socialdemokratischen Bewegung auch der schwere Kampf zwischen Staat und Kirche mit seiner nothwendig verheerenden Wirkung hinzutrat. Im Namen vieler meiner politischen Freunde darf ich es aussprechen, daß wir diesem Kampfe ein baldiges Ende wünschen. (Hört!) Wir glauben allerdings, daß dies Ende nur erfolgen kann, wenn die katholische Kirche mit ihren Oberen die Befolgung der preußischen und deutschen Gesetze nicht länger versagt. (Unruhe im Centrum.) Es wird dann die Möglichkeit gegeben sein, zu prüfen, was in den Gesetzen überflüssig, was bei einer so veränderten Lage bedenklich erscheinen kann. Ich glaube, daß die Leiter der katholischen Kirche und die Führer der katholischen Parteien sich der Ueberzeugung nicht verschließen können, daß auch für die Kirche und ihre Angehörigen selbst dieser Kampf höchst verderbliche Folgen herbeigeführt hat und ich hoffe, daß dieser Gedanke dazu beitragen wird, das Ende des Kampfes zu beschleunigen. Welche Folgen dies für die politischen Parteien und deren Stellung haben kann, und ob das Aufhören des Kampfes der conservativen oder der liberalen Partei zu Gute kommen würde, will ich gar nicht untersuchen. Unsere Zustände haben in ihrem Umfang und Zusammenhang so gewaltige Dimensionen, und die Gefahren sind so zahlreich, daß das Interesse der Parteien und der Parteigegensätze völlig zurücktreten muß, wenn wir Gefahren, wie die socialdemokratische Bewegung oder den Culturkampf, beseitigen oder doch wenigstens einengen und eindämmen können.

Die gewaltigen Veränderungen aller staatlichen Grundlagen in Deutschland, verbunden mit so tiefgreifenden social- und kirchenpolitischen Gegensätzen, haben natürlich eine Menge ungesunder Erscheinungen auch auf anderen Gebieten hervorrufen müssen. Ich bemerke da vor allen Dingen, wenn wir die Socialdemokratie und ihr Auflehnen gegen die Obrigkeit und Ordnung mit Erfolg bekämpfen wollen, daß wir dann vor allen Dingen den Kampf unter uns selbst einigermaßen mäßigen, den Kampf unter denjenigen politischen Parteien, die sich vor Allem die Aufgabe stellen, die bürgerlichen und sittlichen Grundlagen der heutigen Gesellschaft zu vertheidigen. (Sehr wahr!) Man kann sagen: wir sind allzumal Sünder. Ohne Schuld ist keine Partei; aber die Schuld lag mehr auf dem Gebiete der Abwehr als des Angriffs. Die Regierungsorgane haben zwar oft gesagt, der Liberalismus sei die Ursache des Wachsens der Socialdemokratie, die letztere sei Fortsetzung der liberalen Bewegung. Wenn die Regierung einen Kampf gegen eine so massenhafte Bewegung führen will, muß sie nicht in dieser Weise die erhaltenden Elemente von sich abstoßen, sondern sie sammeln; sie muß nicht die Berechtigung der liberalen Anschauungen bestreiten. In früheren Jahren ist man ja soweit gegangen, wo die Bewegungen doch schwächer waren. Es ist nicht zu leugnen, daß das Königthum, die conservativen Interessen wiederholt in den Schriften der conservativen Parteien, in officiösen Organen angerufen sind als das Einzige, was im Stande wäre, gegen die Uebermacht des Capitals und der liberalen Bourgeoisie auch den berechtigten Forderungen der arbeitenden Klassen gerecht zu werden. Wir wollen Alle die wirklich berechtigten Forderungen der arbeitenden Klassen nicht zurückweisen, aber wir wollen doch Alle darauf verzichten, diese Lage mit gefährlichen Mitteln auszunutzen in dem Kampfe der politischen Parteien unter einander und der jeweiligen Regierung gegen die eine oder andere Partei. Ich bin aber andererseits der Meinung, daß die Einzelnen in Deutschland lange nicht genug ihre Schuldigkeit gethan haben. Die Lässigkeit, die Gleichgiltigkeit, die vielfach in den besitzenden Klassen gegen die Ausübung politischer Rechte, gegen die Aufnahme eines solchen Kampfes herrscht, ist in unserem Lande leider so groß gewesen, daß hier sehr viel gebessert werden könnte.

Solche Krankheitserscheinungen können überhaupt nicht lediglich mit äußeren Mitteln beseitigt werden, die natürliche Heilkraft des Organismus muß zur Hilfe kommen und damit komme ich auf den bedenklichsten Punkt der Vorlage. Man hat Ausnahmemaßregeln auch in andern Ländern gehabt; man hat vor einigen Jahren in Irland die Habeas-corpus-Acte einige Zeit lang sistirt; dann trafen die Ausnahmemaßregeln ganze Bevölkerungsschichten in bestimmten Landestheilen oder die gesammte Bevölkerung. Leben wir wirklich in so gefährlichen Zuständen, daß solche energischen Mittel nöthig sind, so mag man sie anwenden; es ist kein erwünschtes, es ist aber ein wirksames und nothwendiges Heilmittel. Also auch andere Parteien, welche in ähnlicher Weise sich gegen die öffentliche Ordnung auflehnen und Religion, Sittlichkeit und staatliche Autorität untergraben, mag man treffen mit Bestimmungen, die auch auf sie Anwendung finden. Wir haben allerdings auch ein Ausnahmegesetz zugelassen gegen die Jesuiten, aber dieser ganze Orden zählt vielleicht 10,000 Mitglieder, in Deutschland wurden nur einige Hundert Personen von dem Gesetz betroffen. Hier handelt es sich aber um Hunderttausende unserer Mitbürger. Trotzdem sind noch Unzählige aus den arbeitenden Klassen nicht Anhänger dieser Partei, außer aller Verbindung mit ihr. Sie können aber mit diesen gefährlichen Mitteln die Verbreitung der Idee nicht hindern. Was nicht öffentlich agitirt werden kann, wird im Geheimen geschehen, alle öffentlichen Besprechungen der socialistischen Presse, die doch auch öffentlich zurückgewiesen werden können, werden im Geheimen fortwuchern. Eine außerordentliche Erbitterung der betroffenen Klassen wird eintreten. Jetzt, wenn ein solches Gesetz ins Leben tritt, werden die socialdemokratischen Demagogen sagen: hier handelt es sich um ein Ausnahmegesetz, welches die eine bürgerliche Klasse aufhetzt gegen die andere. Man wird sagen: hier sind Ausnahmegesetze, die treffen hunderttausende von Menschen.

Wenn die besitzenden Klassen zu solchen Mitteln greifen, die Hunderttausende von Mitbürgern außer dem Gesetz erklären, dann braucht Ihr die Gesetze auch nicht zu respectiren. Das Maß von Agitationskraft, das in einem solchen Gesetze liegt, überwiegt bei Weitem das, was den socialdemokratischen Demagogen entzogen werden kann. (Sehr wahr!) Ehe die Gesetzgebung den Anlaß zur Proclamirung dieses Klassengegensatzes giebt, sollte man doch überlegen, ob es denn gar kein anderes Mittel giebt, und erst, wenn alle anderen Mittel versagt haben, mag man auf die Ausnahmemaßregeln zurückkommen. Das sind im Wesentlichen die Gründe, weshalb wir diese Vorlage so wie sie ist, nicht annehmen können. Wir bekämpfen keineswegs die gegen die socialdemokratischen Ausschreitungen gerichtete Tendenz; im Gegentheil, wir glauben, daß diese Ausschreitungen ein solches Maß erreicht haben, daß auf dem Boden des gemeinen Rechts durch eine feste Gesetzgebung dem entgegen getreten werden muß, und wir erwarten, daß die Regierung das nachholt, was sie seit Jahren versäumt: daß sie uns ein Vereins- und Versammlungsrecht vorlege mit wirksameren Bestimmungen, als sie in der preußischen Gesetzgebung enthalten sind. Wir haben auch nichts dagegen, daß die Regierung der Frage näher tritt, ob Preßerzeugnisse der gefährlichsten, verwerflichsten Art mit dem jetzigen Gesetz noch von dem Richter getroffen werden können. Dann wollen auch wir der Frage näher treten. Aber wir wollen auf dem Boden des gemeinen Rechts die Gefahr bekämpfen, wir halten die Zustände in Deutschland noch für gesund und kräftig genug, namentlich in den besitzenden Klassen, so daß diese ein solches Gesetz nicht brauchen. Wir wollen künftigen Herbst mitwirken an einer Vorlage, welche die bürgerliche Freiheit wahrt und die gesetzliche Ordnung mit der Autorität auf dem Boden des Rechts im öffentlichen Leben vereinigt. (Lebhafter Beifall.)

Bundesbevollmächtigter Staatsminister Graf zu **Eulenburg**: Mit Genugthuung kann ich constatiren, daß der Vorredner die aus der Socialdemokratie entstehenden Gefahren vollkommen anerkannt und die Geneigtheit kundgegeben hat, mit den geeigneten Mitteln dagegen zu kämpfen. Er hat darauf hingewiesen, daß es nicht angemessen gewesen, kurz vor dem Schluß der Session eine so bedeutende Vorlage zu machen. Die zahlreich besetzten Bänke des Hauses beweisen aber, daß der Reichstag stets bereit ist, auf so wichtige Gegenstände einzugehen und die Regierungen sind Ihnen dafür dankbar. Hiermit widerlegt sich zugleich das Gerücht, welches der Abgeordnete v. Bennigsen referirte, es könne das Maß der Frivolität so weit gehen, daß die Regierung eine solche Vorlage an Sie bringt, ohne daß sie ernsthaft sei. (Widerspruch; Rufe: Das hat Niemand gesagt!) Mag das Gerücht im Hause vorhanden sein oder nicht, so benutze ich die Gelegenheit, um demselben, falls es außerhalb des Hauses existirt, auf das Entschiedenste zu widersprechen. Wir halten die Gefahren für ernst genug, die aus der Socialdemokratie drohen und sind der Meinung, daß man den geeigneten Zeitpunkt nicht vorübergehen lassen soll, ohne die heikle und schwere Arbeit vorzunehmen; einen solchen geeigneten Zeitpunkt halten wir jetzt für gekommen, wo die öffentliche Aufmerksamkeit mehr als zuvor auf diese Gefahren gelenkt ist. In herzerhebender Weise hat man in allen Theilen des Vaterlandes auf das Attentat, welches nicht blos gegen das Leben des ehrwürdigen Herrschers, sondern gegen die Ehre des ganzen Volkes und Landes gerichtet war, geantwortet; aber diese Gefühle, welche in den weitesten Kreisen Nachhall gefunden haben, sind nicht genug, um gegen dergleichen Bestrebungen zu reagiren. (Ruf: Reaction!) Nun, über dergleichen Wortanspielungen, glaube ich, ist der Reichstag hinaus. Reaction bedeutet Gegenbewegung, und wo eine unberechtigte Bewegung hervortritt, liegt die Gegenbewegung in der Natur der Sache (Beifall rechts), und es kommt nur darauf an, daß die Gegenbewegung die rechte Richtung annimmt.

Der Grund zu dem Gesetzentwurfe liegt in der Erscheinung der Socialdemokratie; das Attentat war nur der äußere Anlaß. Es ist keinem Einzigen bisher eingefallen, zu behaupten, daß diese That speciell veranlaßt oder hervorgerufen ist auf Anstiften der Socialdemokratie; die Behauptung geht nur dahin, daß die Lehren der Socialdemokratie die Gemüther in der Art verwirren, daß sie sehr leicht dergleichen Ruchlosigkeiten erzeugen; nur insofern ist die Socialdemokratie für diese traurige und erschreckende That verantwortlich. Es fragt sich, ob das vorliegende Gesetz zweckmäßig, ausreichend und zuläßig sei. Der Abg. Jörg bezeichnete die Socialdemokratie als den Schatten unseres modernen Culturlebens, der untrennbar demselben anhaftet. Zunächst ist damit noch nicht gesagt, daß man den Kampf nicht versuchen soll. Der Schatten ist am stärksten beim Beginne des Tages und bei seinem Niedergange; der Abg. Jörg wird nicht behaupten wollen, daß wir uns im Niedergange unseres Culturlebens befinden; der Tag desselben ist noch nicht weit vorgeschritten, man muß das Culturleben fördern, dann wird der Schatten mehr und mehr verschwinden; man muß dafür sorgen, daß die Stimmen der Socialdemokratie nicht allein gehört werden und das Gesetz soll den humanitären Bestrebungen Raum schaffen. Wenn man sagt, der Bundesrath sei kein geeignetes Organ zur Ausführung dieses Gesetzes, weil er nicht beständig versammelt sei, so möchte ich bemerken, daß der Bundesrath nach der Praxis der letzten Jahre nicht mehr geschlossen ist, also jeden Augenblick in der Lage sein wird, diese Functionen auszuüben. Wenn man die in diesem Gesetze vorgesehene Thätigkeit des Reichstages als eine unangemessene bezeichnet und meint, derselbe könne sich nicht mit jedem einzelnen Verbote beschäftigen, so irrt man dabei.

Der Reichstag soll sich nicht mit jedem einzelnen Verbote befassen; er hat es in der Hand, über jedes einzelne Verbot in Debatte zu treten, er soll aber nur eine allgemeine Controle üben. Man bezeichnete die Fassung der Vorlage: „Ziele der Socialdemokratie verfolgen" als unbestimmt; es würden davon Dinge getroffen, die jeder verständige Mann, die die Gesetzgebung selbst erstrebt. Ja, wem wird es denn einfallen, derartige Dinge zu verbieten? man sagt, es sei noch nicht die Zeit, so exorbitante Gesetze zu machen, man habe die bestehenden noch nicht genügend angewendet. Haben Sie jemals Beschwerden gehört, daß die Gesetze zu lax gehandhabt worden sind? Hat man nicht im Gegentheil immer über die vielfachen Anklagen wegen Preßvergehen, über die Auflösung von Versammlungen geklagt? (Widerspruch.) Wenn man jetzt das billigt, was der Abg. Bennigsen gesagt hat, dann wird es allerdings möglich sein, die Zügel noch etwas straffer anzuziehen. (Unruhe; Heiterkeit.) Man hat die Frage aufgeworfen, liegt die Schuld allein an der Socialdemokratie? Derartige Bestrebungen gehen aus der Gesammtheit der Zeit hervor und keine Partei ist dabei schuldlos; deshalb müssen alle Parteien mitwirken bei der Abhilfe und die Regierung wünscht die Mitwirkung aller Parteien. Es ist gesagt, man könne der Regierung diese Mittel nicht geben in einem Augenblicke, wo sie selbst schwankend ist; ich weiß nicht, weshalb die Ministerkrisis in Preußen in Permanenz sein soll. (Heiterkeit.)

Ich kann dem nicht widersprechen, daß nach einem bereits vollzogenen Personenwechsel im Ministerium ein weiteres Mitglied desselben seinen Abschied verlangt hat; aber ich kann auch der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Antrag keinen Erfolg haben wird. So viel davon. Eines kann ich noch hinzufügen: wie immer die Verhältnisse sich gestalten mögen, in zwei Punkten wird die preußische Regierung ebenso wenig schwanken wie die Reichsregierung, sie wird bestrebt sein, die erhaltenden Elemente der Nation zusammenzufassen zu dem gemeinschaftlichen Kampfe gegen das, was die sittlichen Grundlagen der Gesellschaft gefährdet, sie wird niemals schwanken, die Mittel vorzuschlagen, die erforderlich sein möchten, um den vorhandenen Gefahren zu begegnen. Die verbündeten Regierungen bitten Sie, den Entwurf zu prüfen und anzunehmen; falls Sie aber dazu nicht in der Lage sein sollten, wenigstens in weitere Berathungen über die nothwendigen Mittel mit ihr einzutreten.

Abg. v. **Helldorff** erklärt im Namen seiner Partei die Bereitwilligkeit, auf den Gesetzentwurf einzugehen; das Attentat habe aller Augen auf die Socialdemokratie gerichtet, noch mehr aber der Artikel des „Vorwärts", der damit schloß: Auf die Anklagebank, aber nicht mit dem Verbrecher, sondern mit der Gesellschaft. Redner und seine Freunde haben wenig Lust, auf das Heilverfahren der Natur zu warten. Die Autorität der Regierung ist geschwächt und die Art und Weise, wie man im Parlament von den Verwaltungsbeamten spricht, kann ihr diesen Verlust nicht ersetzen. Die polemische Bekämpfung der Socialdemokraten hilft nichts; das Wirken der Christlich-Socialen ist anzuerkennen, vor allen Dingen ihr Mannesmuth; aber ihre Erfolge sind zweifelhaft. Wenn, wie im Gesetze vorgesehen ist, die Verwaltungsbehörden das Recht haben, die socialdemokratische Presse zu unterdrücken, so beseitigen sie damit die Verführung und den Terrorismus. Vernichtet wird der Bestand dadurch nicht, aber die Ausbreitung auf das Land kann beschränkt werden. Wenn man die heimliche Agitation als die schlimmere bezeichnet, so muß doch gesagt werden: Schlimmer als jetzt in der Oeffentlichkeit kann es im Geheimen auch nicht zugehen. Sind denn die Uebelstände, daß jemand eine Versammlung nicht besuchen oder eine Zeitschrift nicht lesen soll, so gefährlich, wenn es sich darum handelt, den

Umsturz der Gesellschaft abzuwehren? Wir haben zu den gegenwärtigen politischen Leitern Vertrauen, wir wollen keine Fractionspolitik treiben. Wir wollen keine Reaction, wie man sie in der Presse bespricht, wir wollen ein constitutionelles Leben, aber in maßvoller und lebensfähiger Entwickelung. Wir wollen die Auswüchse zur rechten Zeit abschneiden. Wir wünschen ein energisches und consequentes Weitergehen der Regierung, eine Zusammenfassung aller staatserhaltenden Elemente. Der Staat muß die Interessen der Schwachen schützen und darf dabei nicht theoretischen oder philosophischen Erwägungen folgen, sondern muß den praktischen Anforderungen Rechnung tragen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (Hagen): Wäre der Herr Minister seit länger im Amte oder hätte er schon vorher diesen Fragen gefolgt, so müßte er wissen, daß von liberaler Seite zu keiner Zeit die Gefahren der Socialdemokratie unterschätzt worden sind. (Sehr wahr.) Daß wir die Gefahr früher erkannt haben, als namentlich sein Amtsvorgänger, Graf Eulenburg, der Erste. (Große Heiterkeit.) Unter Führung von Schulze-Delitzsch hat insbesondere die Fortschrittspartei schon in den ersten Anfängen die Agitation Lassalle's entschieden bekämpft. (Sehr richtig.) Seitdem sind wir die bestgehaßte Partei den Socialisten gegenüber gewesen. Wo war aber damals die Regierung? Als ich dem Minister des Innern, im Jahre 1876, im Abgeordnetenhause seine damalige wohlwollende Neutralität der Socialdemokratie gegenüber vorhielt, erwiderte er, man habe die socialdemokratische Bewegung damals eine Zeit lang gehen lassen, damit die Welt sehe, was es damit für eine Bewandtniß habe. (Heiterkeit.) Erst seit anderthalb Jahren seit die Frucht zum Pflücken reif. Die Socialdemokratie will ausschließliche Production durch Staatsbetrieb und damit möglichste Zurückdrängung des Eigeninteresses und der Selbstverantwortlichkeit des Einzelnen. Umgekehrt sind wir der Ansicht, daß, wenn man diese Hauptfactoren in der Volkswirthschaft matt setzt, man damit gerade Production und Culturentwickelung auf ein Minimum zurückdrängt. (Sehr richtig.) Eben deshalb stehen wir so überaus kühl und nüchtern schon der bloßen Erweiterung des vorhandenen Staatsbetriebes, sei es durch das Reichseisenbahn-Project, sei es durch das Tabaksmonopol, gegenüber. Der Reichskanzler aber, indem er den angeblich übermäßigen Geschäftsgewinn der Tabakshändler dem Staat zuwenden will, hat mehr socialistische Anschauungsweise, als ihm selbst klar ist. (Sehr richtig. Heiterkeit.) Der socialistische Staat hat die Vernichtung der persönlichen und politischen Freiheit zur Vorbedingung. (Widerspruch bei den Socialisten.)

Jawohl! Krasser Despotismus einer Majorität oder einzelner Leiter derselben, welche vorschreiben, was der Einzelne produciren soll, was er dafür empfängt und zu consumiren hat, das ist der socialistische Staat, über dessen Tendenz ja nur die Polizei im Unklaren ist. Wir wehren uns gegen Beschränkungen persönlicher Freiheit auf wirthschaftlichem Gebiet. Die Socialisten aber hier sehen wir, wenn es sich nicht gerade um den Arbeitnehmer handelt, weit öfter für solche Beschränkungen mit anderen Parteien stimmen, als mit uns gegen dieselben. Die Socialisten schreiben dem Staat die ganze Verantwortung für die wirthschaftliche Lage zu. Wir halten dieselbe in erster Reihe und hauptsächlich von dem selbstständigen Verhalten der Einzelnen und dem freien Zusammenwirken derselben in der Gesellschaft bedingt. Keine Regierung machen wir darum jemals für wirthschaftliche Zeitverhältnisse hier so verantwortlich, wie wohl andere Parteien es thun. Die Socialdemokratie ist nicht ein Schatten des modernen Culturlebens, wie Abg. Jörg meint, sondern der Schatten des niedergehenden Polizeistaates, der seiner Zeit die Meinung erweckte, der Staat könne Alles machen, man brauche sich nur des Staatsruders zu bemächtigen, um jede Glückseligkeit herbeizuführen. (Sehr richtig.) Nicht in dem utopistischen Ziel, sondern in der Anwendung der Mittel dazu liegen die Hauptnachtheile der Socialdemokratie, in der Aufreizung der einzelnen Volkskreise gegen einander, der Erzeugung des Klassenhasses. Hiergegen müssen alle Kräfte hauptsächlich zusammenwirken. Auch Herr Jörg wird in dieser Beziehung wohl auf die Hofprediger in Berlin verzichten. Sie richten Verwirrung genug an und sollten bei dem stehen bleiben, was sie verstehen: sie verstehen es ohnehin mäßig genug. Der Bund, von dem Herr Jörg spricht, ist längst vorhanden, in allen jenen Vereinigungen verschiedenster Richtung, welche humane Zwecke verfolgen, die hervorragende Stellung im Leben nutzbar machen zur Hebung weniger begünstigter Klassen.

Schulze-Delitzsch hat dies schon 1865 im Abgeordnetenhause bei der Debatte über die Coalitionsfreiheit ausgeführt. Sein ganzes arbeitsvolles Leben hat der Rede durch die That entsprochen. In derselben damaligen Rede aber warnte er davor, die niederen Leidenschaften zu entfesseln, um sie zu politischen Zwecken auszubeuten. Diese Warnung wurde damals ausgesprochen gegen die conservative Partei, welche durch den Mund des Abg. Wagener die Liberalen mit dem Massenschritt der Arbeiterbataillone bedroht hatte. Man möge die Geister nicht rufen, die man nachher nicht wieder zu bannen vermöge. Wagener ist damals und nachher amtlich der Berather des Fürsten Bismarck in der socialen Frage gewesen. (Hört! Hört!) Noch 1874, also nach seiner Entlarvung durch Lasker erschien er auf dem socialpolitischen Congreß in Gotha als bestellter Vertrauensmann des Kanzlers. Wagener hat damals jene schlesische Weber-Deputation arrangirt, der Führer derselben, Arbeiter Preuß, ist noch heute hier in socialistischen Versammlungen thätig. Diese Deputation brachte nachher als unwahr erwiesene Klagen gegen liberale Fabrikbesitzer vor, insbesondere gegen den um seine Arbeiter sehr verdienten Abgeordneten Reichenheim. Gegen den Rath der unteren Behörden war es Fürst Bismarck, der die Deputation dem König zuführte und dem Könige rieth, diese Weber mit 12,000 Thlr. Capital zur Gründung einer Lassalle'schen Productiv-Association mit Staatshilfe zu unterstützen. Die Association ist zu Grunde gegangen, aber diese Vorkommnisse riefen weit und breit Unklarheit hervor über die Stellung der Regierung gegenüber der Socialdemokratie. Lassalle berief sich vor den Gerichten auf die Sympathien des Königs von Preußen für seine Bestrebungen und Leonor Reichenheim kennzeichnete es im Abgeordnetenhause als ein so trauriges Spiel, wie es je gespielt worden ist zum Nachtheil des Königthums von Gottes Gnaden."

Nach Lassalle's Tode trat hier Schweitzer als Führer auf. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" wurde Regierungsorgan; Liebknecht bis dahin Redacteur an derselben, wurde anheimgestellt, auch in dem Regierungsorgan nach wie vor über Socialismus und Communismus zu schreiben. (Hört, hört.) Als er das ablehnte, wurde er polizeilich ausgewiesen. Bebel hat hier im Reichstage Schweitzer als politisches Werkzeug und Agenten der Regierung bezeichnet. Hasenclever, der unter Liebknecht, als Präsidenten des Vereins, Secretär des Vereins war, hat dies nicht berichtigt. Ich kann es auch nicht für Verleumdung halten, wenn behauptet wird, die socialdemokratische Bewegung in Berlin sei bis in das Jahr 1872 hinein ein subventionirtes Kunstproduct gewesen. Jedenfalls hätte das Zusammenspiel der socialdemokratischen und der officiösen Presse bis dahin nicht besser sein können. Im Jahre 1869 begann in Berlin zuerst die Praxis, die Versammlungen durch socialistische Banden zu sprengen oder zu stören. Im Concerthaus wurde die Sache zuerst geübt. Auf erhobene Beschwerde, daß die Polizei sich den tumultuarischen Eindringlingen gegenüber vollkommen neutral verhalte, erklärte Minister Eulenburg, die Polizei habe erst einzuschreiten, wenn sich der Lavastrom, d. h. die Prügelei bis auf die Straße ausdehne; das sei leitender Gesichtspunkt der Polizei. (Heiterkeit.) In der That wurden solche Störungen alsbald die Regel; das natürliche Hausrecht in Versammlungen entbehrte des Schutzes der Staatsgewalt. Das Versammlungsrecht wurde vogelfrei; nur die Socialdemokratie besaß es unumschränkt, weil in anderen Kreisen die Zahl derjenigen, welche an einer politischen Versammlung sich betheiligen wollen, weit geringer ist, wenn die vorherige Betheiligung an einer Prügelei die Voraussetzung bildet. (Heiterkeit.) Man mußte daher zum Auskunftsmittel der Zulassung nur gegen Karten schreiten; eine Beschränkung weit eingreifender, als solche durch Polizeigesetze. Die Socialdemokraten begnügten sich nicht damit, allein Volksversammlungen abzuhalten, sondern brachen auch in andere Partei-Versammlungen ein. (Widerspruch bei den Socialisten.)

Nun, ich habe dies schon neulich an dem Beispiel einer nationalliberalen Versammlung am Leipziger Platz und einer fortschrittlichen Versammlung bei den letzten Wahlen bewiesen. Erst in letzterer Zeit hat die Polizei ihre Praxis geändert; aber bis dahin hat sie Alles dazu beigetragen, den Socialisten den Vorrang in der Agitation in Berlin zu verschaffen. Die Socialdemokratie ist nicht älter als das Ministerium Bismarck; unter diesem hat sie ihre große Ausdehnung gewonnen. Wie weit sie sich unter einem liberalen Ministerium entwickeln könnte, darüber fehlen noch die Erfahrungen. Wenn auch das Ministerium Bismarck in mancher Beziehung zur Verbreitung der Socialdemokratie beigetragen hat, so bin ich doch weit entfernt ihm dieselbe derart zur Last zu legen, wie es uns gegenüber geschieht; die größere Verbreitung der Socialdemokratie datirt erst seit 1872. Abgeordneter Jörg meint, die Entfernung der religiösen Elemente aus der Schule habe die letztere zu Seminarien der Socialdemokratie gemacht; nun, alle Socialdemokraten bis zum 20. Lebensjahre herunter stammen noch aus jenen Schulen, wie sie Herr v. Mühler eingerichtet und verwaltet, es sind die echten und rechten Musterknaben der Schule unter religiöser Herrschaft nach den bekannten Regulativen. (Lebhafter Beifall links.) Sollte das Ministerium Falk dieselben wirklich durch sein bloßes Vorhandensein, nach ihrer Entlassung aus der Schule so verdorben haben, dann muß jene religiöse Erziehung doch nicht viel werth gewesen sein. Jene damals vorzugsweise stattgehabte Stärkung im Glauben durch die Schule, unter ungenügender Entwickelung des Denkvermögens, kann allerdings dazu führen, wenn der Glaube eine falsche Richtung nimmt, auch an die Wunder zu glauben, wie sie Herr Most im socialistischen Jenseits verkündet. (Heiterkeit.)

Staunenswerth in der That ist es auch, wie die socialistischen Agitatoren in Versammlungen, bei geringer, allgemeiner Bildung große Gedächtnißkraft entwickeln, Kernsprüche und große Auszüge aus socialistischen Schriften hersagen; das können sie blos durch Auswendiglernen zahlreicher Gesangbuchlieder und Kernsprüche sich angeeignet haben. (Heiterkeit.) Die wirthschaftlichen Verhältnisse seit 1872, die Lockerung der Arbeiterverhältnisse, nicht in Folge der Gesetzgebung, sondern der starken Nachfrage nach Arbeitern in der Gründungszeit hat den Boden für socialistische Agitation bereitet. Die Organisation der Strikes war die Handhabe, die Arbeiter ins socialistische Lager zu führen. Später beim Rückgang der Verhältnisse hat man die daraus folgende Unzufriedenheit ebenso benutzt. Freilich ohne die große Apathie anderer Bevölkerungsklassen im öffentlichen Leben würde es nicht so weit gekommen sein. Erst hat die optimistische Strömung bewirkt den Glauben, es käme Alles von selbst nach den Erfolgen des Krieges: dann ist eine pessimistische Strömung den Socialisten zu Gute gekommen, welche in der Herabsetzung deutscher Leistungen und Verhältnisse mit den Socialisten Manches gemeinsam hat. (Redner weist auf die Schutzzoll-Agitation hin.) Nun erfolgt das Attentat; dasselbe ist weniger ein politisches, wie frühere Attentate. Eine von Jugend auf verlumpte Persönlichkeit, mit einer gewissen Großmannssucht ausgestattet, sucht ihrem bestialischen Zerstörungstrieb Ausdruck zu geben. Mit Phrasen socialistischer Art sucht sie nur die eigene Prahlsucht zu befriedigen. Der Zusammenhang des Attentats mit der socialistischen Partei ist daher nur ein sehr äußerlicher. Die Erregung des Volkes stammt aus der Aehnlichkeit jener Phrasen mit socialistischer Redeweise und mehr noch daraus, wie die socialistische Presse das Attentat als Product der bestehenden Ordnung hingestellt hat. (Sehr wahr.)

So konnte in der That das Attentat Anlaß geben zu energischer Reaction gegen die Socialisten im Volke. (Lebhafte Zustimmung.) Da kommt diese Vorlage, spaltet die in der Beurtheilung des Attentats einigen Parteien, lenkt die Aufmerksamkeit vom Attentat und den Socialisten ab; etwas Ungeschickteres zur Bekämpfung der Socialdemokratie konnte nicht geschehen. (Sehr richtig.) Die Conservativen sagen, der ruhige, loyale Bürger verlange, daß etwas geschehe. Allerdings, derjenige Theil, der Ruhe für die erste Bürgerpflicht hält, ist jedesmal bereit, wenn etwas passirt, gleich nach der Polizei zu rufen, damit er nur selbst nichts zu thun braucht. Dieses Philisterium, selbstgenügsam und unthätig, ist am wenigsten staatserhaltend. Der Minister ist der Frage des Herrn v. Bennigsen ausgewichen, ob man diese Vorlage trotz Voraussicht der Ablehnung eingebracht. Weil sie eben an sich unerklärbar ist, meint man, sie ziele mehr gegen die liberalen Parteien, als gegen die Socialdemokraten. Andernfalls bitte ich, die officiöse Preßmeute scharf an die Kette zu legen (Heiterkeit), sonst glauben am Ende doch schließlich Landrath und Gendarm, die nationalliberale Partei erzeuge die Socialdemokratie und solche Attentate. Gerade unter den Conservativen sind so Viele auf dem Gebiet praktischer Polizei erfahrene Männer. Wie können dieselben eine so durchaus polizeiwidrige Vorlage gutheißen? (Stürmische Heiterkeit.) Die Zeit, wo man im Kriege Haudegen und Draufgänger für die besten Generale hielt, ist ja längst vorüber. Indem man den Feind aus der Oeffentlichkeit verdrängt, verliert man die Fühlung und entzieht man sich die Kenntniß. Die versteckte Verbreitung socialistischer Lehren, außerhalb der Kritik der Oeffentlichkeit, ist gerade die gefährlichste. In den Werkstätten der Arbeiter hat die socialistische Agitation ihre eigentliche Grundlage; wird sie noch mehr dahin zurückgedrängt, so steigert man die besonderen Nachtheile der Agitation für das Arbeitsverhältniß.

Die Reclame für die Socialisten würde bei der Verfolgung nach diesem Gesetz die Polizei selbst besorgen. Nicht über laxe Polizeiaufsicht oder zu wenig Beleidigungsklagen des Fürsten Bismarck beschweren wir uns, sondern über die ungeschickte Handhabung des Gesetzes in den Händen der Polizei, welche durch Auflösung von Versammlungen oft mehr aufreizt, als socialistische Redner es vermöchten. Die Verleumdung der Privatehre einfacher Bürger wie sie von der hiesigen „Freien Presse" systematisch betrieben wird, um durch Terrorismus von der Bekämpfung der Socialisten abzuschrecken, ist thatsächlich straflos, weil der Staatsanwalt das öffentliche Interesse dabei leugnet. (Hört, hört.) Macht man die Socialisten mundtodt, so können auch die Gegner sie nicht mehr wirksam bekämpfen, und doch kann die Socialdemokratie zuletzt nur durch die bessere Ueberzeugung zurückgedrängt werden. Zu einer Regierung, welche eine solche Vorlage mache, haben wir nicht das Vertrauen, wie Herr v. Bennigsen, ein Reichsvereinsgesetz zu Stande zu bringen. Die Abgeordneten sind jetzt so zahlreich nach Berlin zurückgekehrt, um Zeugniß abzulegen, daß sie mit dieser Vorlage nichts gemein haben wollen. (Sehr wahr!) Wir stehen am Schluß der parlamentarischen Saison. Im Anfang stand die Fortschrittspartei allein, als sie beim Fallenlassen der Städteordnung ein Mißtrauensvotum einbrachte; jetzt umschließt die Opposition gegen diese Vorlage mit der Fortschrittspartei die gesammte nationalliberale Partei. Seit zehn Jahren ist eine solche Frontstellung nicht dagewesen. Fürst Bismarck hat sich im Parlament mehr und mehr isolirt, nicht minder aber seinen Ministern gegenüber.

Allerdings ist die Ministerkrisis in Permanenz. Die Minister sind wie die Blumen auf dem Felde; wir fragen uns jeden Morgen, ob kein neuer Abgang oder Zugang im Ministerium stattgefunden hat. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob die Freunde des Herrn Falk wünschen können, daß er in einer Gemeinschaft bleibt, in die er immer weniger paßt. Man spricht von Erhaltung der Staatsautorität, aber nichts hat die Staatsautorität so sehr erschüttert, als die Art, wie Fürst Bismarck gegen alle politisch selbstständigen Elemente in dieser Saison vorgegangen ist. Nur ein aufrichtig liberales, auch von parlamentarischer Autorität getragenes Ministerium vermag diese Erschütterung wieder auszugleichen. Mag der Reichskanzler aber auch die Verwirrung noch weiter treiben, das Deutsche Reich ist in dem Herzen des deutschen Volkes fest genug verankert, die Liebe und Treue des deutschen Volkes, deß sind wir gewiß, wird das Staatsschiff auch in dieser Zeit vor drohenden Klippen und Untiefen zu schützen im Stande sein. (Beifall links.)

Persönlich bemerkt Abg. Graf Bethusy-Huc: Ich muß ein verhängnißvolles Mißverständniß berichtigen: ich habe nicht gesagt, die Regierung wußte, daß ihre Vorlage auf Mehrheit nicht rechnen könne, sondern die Regierung mußte wissen, daß die Wahrscheinlichkeit der Annahme dieser Vorlage sehr gering sei. Dem Abg. Richter gegenüber, der den früheren Abg. Wagener einfach mit der conservativen Partei zusammengeworfen hat, muß ich constatiren, daß ich weder persönlich noch politisch mit demselben irgend eine Verbindung hatte.

Um 4½ Uhr vertagt das Haus die weitere Debatte bis Freitag 10 Uhr.

Berlin, 23. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Regierungsrath und ordentlichen Professor Dr. Baumstark an der Universität zu Greifswald den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Gräflich von Werthern'schen Rendanten Krauth zu Schloß Beichlingen im Kreise Eckartsberga und dem Communal- und Armenkassen-Rendanten Schönen zu Lohn im Kreise Jülich den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Gerichtsvogt Rößler zu Geestemünde, Amts Lehe, das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Einjährig-Freiwilligen, Matrosen Kruse von der ersten Matrosen-Division die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat den bisher bei der hiesigen Königlichen Provinzial-Steuer-Direction angestellten Regierungs-Rath Burchard zum Geheimen Regierungs-Rath und vortragenden Rath im Reichskanzler-Amt ernannt.

Der Königlich preußische Berg-Assessor Hoffmann ist für die Dauer von fünf Jahren zum beigeordneten Mitglied der Kaiserlichen Normal-Eichungs-Commission ernannt worden. — Am Gymnasium in Wandsbeck ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Wilhelm Wald zum Oberlehrer genehmigt worden. — Im Bezirk der Königlichen Bergwerks-Direction zu Saarbrücken ist der Berginspector Schantz von Grube Friedrichsthal-Quierschied nach Grube Sulzbach-Altenwald versetzt worden.

Berlin, 23. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und König] hörte gestern Nachmittag den Vortrag des Staatssecretärs, Staats-Ministers von Bülow.

Heute früh 9 Uhr begab der Kaiser Sich, begleitet von Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden, zur Besichtigung der 1. Garde-Infanterie-Brigade mittelst Extrazuges nach Potsdam und traf um 12½ Uhr von dort wieder hier ein.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] hat, laut Meldung des „W. T. B." aus London, gestern dem Lord Beaconsfield einen Besuch abgestattet und wohnte am Abend mit Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit der Kronprinzessin dem Hofball im Buckingham-Palaste bei. (R.-Anz.)

= **Berlin**, 23. Mai. [Die Debatte über das Socialisten-Gesetz. — Die Commisson für den Handelsvertrag mit Rumänien. — Neue Actenstücke zur Nicaragua-Angelegenheit.] Die Erwartung, die beiden ersten Lesungen des Socialisten-Gesetzes heute zu schließen, hat, wie von vielen Seiten vorausgesehen wurde, getäuscht. Nach dem Abg. Richter (Hagen) war der Abg. Feldmarschall Graf Moltke zum Wort gemeldet; es ist anzunehmen, daß derselbe morgen die Reihe der Redner beginnen wird, da er den Saal verließ, als ihm die Einbringung des Vertagungs-Antrages mitgetheilt worden war. Der Reichstag war während der ganzen Session nicht so zahlreich besucht, wie heute; es haben sogar verschiedene Abgeordnete ihre bereits begonnenen Badekuren unterbrochen, um an der Berathung theilzunehmen. Die Tribünen waren überfüllt; in der Hofloge bemerkte man unter Anderem den französischen Botschafter Saint Valier und den österreichischen Militär-Bevollmächtigten Fürst Lichtenstein, ferner den Gouverneur von Berlin, Generaladjutanten des Kaisers, General der Infanterie von Boyen, den Kriegsminister von Kameke und den Hofmarschall von Perponcher. Auch die Diplomatenloge war dicht besetzt. Aus den Reden der Minister Hofmann und Graf Eulenburg wollte man den Schluß ziehen, daß die Regierung an eine Auflösung des Reichstages nicht denke, wohl aber an der Hand der bestehenden Gesetze energisch gegen die Socialdemokraten vorgehen wolle. Die Erklärung der letzteren wurde allseitig als ein sehr geschickter Schachzug anerkannt. Sie ist das Resultat einer gestern stattgehabten fünfstündigen Sitzung der Parteigenossen. Jedenfalls würde bei der gewohnten Langathmigkeit ihrer Reden eine Theilnahme der Socialdemokraten an den Debatten dieselben in erheblicher Weise verlängert haben. In der Berathung der Special-Commission des Reichstages für den Handelsvertrag mit Rumänien ist es nicht gelungen, das in der Berathung des Plenums geltend gemachte Bedenken in genügender Weise zu erledigen. Im Einverständniß mit den Commissarien der Reichsregierung wird demnach die Commission von dem — bei der allgemeinen Geschäftslage ohnehin aussichtslosen — Versuch, diese Angelegenheit noch vor das Plenum zu bringen, Abstand nehmen. Es ist dies der erste Fall, daß ein internationaler Vertrag nicht zu Stande kommt. — Dem Reichstage wird unmittelbar eine Fortsetzung der Actenstücke in der Nicaragua-Angelegenheit zugehen. Es sind noch die 11 Nummern von 65 bis 75 incl. Die Actenstücke schließen mit der Benachrichtigung an alle kaiserlichen Missionen im Auslande und an die königlich preußischen Missionen im Reich, über die Beilegung der Differenz. Der letzte Circularerlaß trägt das Datum Berlin, den 14. Mai 1878, und schließt, wie folgt:

„Die Mäßigung der kaiserl. Regierung, welche auch nach dem Erscheinen eines Geschwaders, trotz der dem Reich durch die Entsendung des letzteren auferlegten Opfer, die vor Jahresfrist gestellten Forderungen nicht erhöht hat, ist selbst in Nicaragua anerkannt worden. Auch hat sich ergeben, daß das Cabinet von Managua nicht nur diplomatisch isolirt war, sondern sogar im eigenen Lande eine große Partei gegen sich hatte, es ihm daher schwer gefallen sein würde, für den ursprünglich beabsichtigten Widerstand in dem Lande nachhaltige Unterstützung zu finden. Wir hoffen deshalb um so mehr, daß diese ehrenvolle Lösung, deren Erreichung ohne Gewalt gewiß auch dem Geschick und der Mäßigung des diplomatischen Vertreters des Reichs und des Geschwader-Chefs zu danken ist, nicht nur den Interessen Deutschlands, sondern auch der Reichssicherheit und Stellung der Ausländer und der fremden Vertreter in Nicaragua überhaupt, welche neuerdings auch anderen Regierungen zu vielen Klagen Anlaß gegeben hatte, zum dauernden Nutzen gereichen werde."

Posen, 23. Mai. [Rinderpest.] Wie der „Pos. Ztg." von der russisch-polnischen Grenze mitgetheilt wird, ist die Rinderpest in den Orten Radziwie, Kreis Gostynin, und Wladyslawowo, Kreis Gora Kalwarya, und somit in ganz Polen erloschen.

Dem „Czas" wird aus Rom geschrieben, daß die Unterhandlungen zwischen der preußischen Regierung und dem Vatican augenblicklich abgebrochen seien, daß aber jeden Augenblick ihre Wiederaufnahme zu hoffen sei. Der apostolische Stuhl habe die ihm von der preußischen Regierung gemachten Vorschläge als ungenügend abgelehnt, erwarte aber neue, die geeignet seien, als Basis der Unterhandlungen zu dienen.

Weimar, 23. Mai. [Der Landtag] hat den Vertrag mit Preußen wegen dessen Beitritts zum Oberlandesgericht in Jena einstimmig genehmigt. Der Landtags-Präsident verlas die Dankesantwort des Kaisers auf das vom Landtag an denselben gerichtete Glückwunschtelegramm, in welcher darauf hingewiesen wird, daß als gute Frucht der bösen That die Bande gegenseitigen Vertrauens noch fester geknüpft worden seien.

Karlsruhe, 21. Mai. [Verbot socialdemokratischer Versammlungen.] Die in Bruchsal und Wallstadt anberaumten Versammlungen der Socialdemokraten, welche den „Socialistencongreß in Gotha" zur Tagesordnung haben sollten, sind, wie der „N. B. L.-Z." mitgetheilt wird, polizeilich verboten worden.

Provinzial-Zeitung.

• **Breslau**, 24. Mai. [Jubiläum.] Am gestrigen Tage feierte der Schneidermeister und Masken-Verleiher Herr A. Vetter sein 50jähriges Bürger-Jubiläum. Den 24. October 1803 zu Dresden geboren, kam derselbe 1822 als Schneidergeselle nach Breslau gewandert, wo er sich am 23. Mai 1828 als Schneidermeister etablirte und am genannten Tage den Bürger-Eid leistete. An diesem, seinem Festtage sah er um sich versammelt seine Frau, 5 Kinder, Schwiegersöhne, Schwiegertochter und 4 Enkel. Zur Beglückwünschung waren erschienen: von der Schneider-Innung die Herren Obermeister Stade, Friede und Olbrich. Von dem Bürgerschützen-Corps, dessen Mitglied selbiger ist, die beiden Herren Vorsteher. Beide Deputationen überreichten dem Jubilar zum Andenken jede einen silbernen Pokal. Von Seiten der Stadtverordneten waren die Herren Stadtverordneten Büttner und C. Wolff erschienen, von dem Humanitätsverein der Breslauer Schneidermeister die Herren C. Gregor, Wolfgram und Karsch. Von der Belltafel-Gesellschaft der Königl. Polizei-Rendant Wickert und Chirurg. Instrumenten-Fabrikant Anger. Möge dem Jubilar noch ein langer und heiterer Lebensabend vergönnt sein!

[Notizen aus der Provinz.] • Jauer. Das hiesige „Stadtblatt" meldet: Vom Wetter begünstigt, verlief das vom hiesigen landwirthschaftlichen Vereine heute veranstaltete Thierschaufest in glänzendster Weise. Eine sehr rege Betheiligung gab sich aus Stadt und Land kund und in der That wurden die Erwartungen weit übertroffen. Das schönste, prächtigste Vieh war in großer Anzahl vom großen wie kleinen Grundbesitz ausgestellt und machte dasselbe auch auf das nicht-landwirthschaftliche Publikum einen äußerst günstigen Eindruck. Ebenso war die Ausstellung landwirthschaftlicher Maschinen und Geräthe sehr reichhaltig vertreten, eine große Anzahl hiesiger und auswärtiger Fabrikanten hatte sich daran betheiligt. Für die Ausschmückung und Eintheilung des großen Festplatzes war in geschmackvoller und sachgemäßer Weise Sorge getragen, zwei Musikchöre trugen abwechselnd zur Unterhaltung bei. Der Umzug der meist festlich geschmückten Thiere erfolgte gegen 1 Uhr und war gegen ½2 Uhr erst beendigt.

d. Landeshut. In Anlaß seiner 50jährigen Ehe-Jubelfeier am vorigen Montag hat der hiesige frühere Leinwand-Kaufmann Herr Schuchardt und sein Sohn, Herr Dr., Chemiker und Fabrikbesitzer S. in Görlitz, dem Herrn Bürgermeister Pfuhl für die Armen hiesiger Stadt 150 Mark eingehändigt.

Wien, 23. Mai. [Die Einnahmen der Carl-Ludwigsbahn] betrugen in der Zeit vom 11. bis 20. Mai 294,558 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Zeit des Vorjahres eine Mehreinnahme von 16,074 Fl.

London, 23. Mai. [Bankausweis.] Totalreserve 10,740,000 Pfd. Sterl. Notenumlauf 27,470,000 Pfd. Sterl. Baarvorrath 23,210,000 Pfd. Sterl. Portefeuille 19,393,000 Pfd. Sterl. Guthaben der Privaten 21,487,000 Pfd. Sterl. Guthaben des Staatsschatzes 6,251,000 Pfd. Sterl. Notenreserve 9,603,000 Pfd. Sterl.

Berliner Börse vom 23. Mai 1878.

Fonds- und Gold-Course.

Name	Zf.	Cours
Deutsche Reichs-Anl.	4	96,00 bz
Consolidirte Anleihe	4½	104,80 bz
do. do. 1876	4	95,90 bz
Staats-Anleihe	4	95,40 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,50 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	136,10 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,00 B
Pfandbriefe: Berliner	4½	101,40 bzB
Pommersche	3½	83,30 G
do.	4	95,75 G
do.	4½	102,20 G
do. Ldsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,75 bz
Schlesische	3½	85,75 G
Ldschaftl. Central	4	95,00 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	95,60 bzG
Pommersche	4	95,50 bz
Posensche	4	95 50 B
Preussische	4	95 20 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	97,75 bz
Sächsische	4	96,75 B
Schlesische	4	96.40 B
Badische Präm.-Anl.	4	119,25 B
Baierische 4% Anleihe	4	121,20 bz
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	111,60 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	72,90 B

Kurh. 40 Thaler-Loose 242,90 bz
Badische 35 Fl.-Loose 135,90 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 81,20 G
Oldenburger Loose 137,00 bz

Ducaten — —	Dollars 4,20 G
Sover. 20,34 G	Oest. Bkn. 167,80 bz
Napoleon 16,24 G	do. Silbergd. 176 bz
Imperials 16,66 bz	Russ. Bkn. 199,75 bz

Hypotheken-Certificate.

Name	Zf.	Cours
Krupp'sche Partial-Ob.	5	107,80 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	94,90 bzG
do. do.	5	101,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	94,30 bzG
do. do. do.	5	100,20 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,20 G
Unkünd. do. (1872)	5	101,75 bzG
do. rückzb. à 110	5	106,90 bzB
do. do. do.	4½	98,75 bzG
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	101,00 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	100,25 bz
Hyp.-Anth. Nord-G.C-B	5	90,00 bzG
do. do. Pfandbr.	5	90,00 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	95,50 bzB
do. do. II. Em.	5	91,00 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	107,90 B
do. do. II. Em.	5	106,00 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	99,50 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	92 bzG
Meininger Präm.-Pfdb.	4	105,00 bzB
Oest. Silberpfandbr.	5½	35,50 G
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	35 G
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	— —
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	99 G
do. do.	4½	93,50 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103,00 G
do. do. 4½%	4½	98,30 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	35,50 G

Ausländische Fonds.

Name	Zf.	Cours
Oest. Silber-R. (1/1.1/7.)	4⅕	54,00 B
do. 1/4.1/10.)		54,00 B
do. Goldrente	4	59,80-90 bzB
do. Papierrente	4⅕	51,60-70 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	96,50 G
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	102,80 etbz
do. Credit-Loose	fr.	289,00 B
do. 64er Loose	fr.	247,75 bzB
Ungar. Goldrente	6	71,50 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	142,60 bz
do. do. 1866	5	141,50 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	70,90 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	— —
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	75,40 G
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	61,00 bzG
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	53,40 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	103,00 G
do. do. 1885	6	99,00 B
do. 5% Anleihe	5	102,30 bzG
Ital. neue 5% Anleihe	5	72,50 G
Ital. Tabak-Oblig.	6	101,90 G
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	68,60 bzG
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	5	9,50 G
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	70 B

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 36,40 G
Türken-Loose 28,00 B

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Name	Zf.	Cours
Berg.-Märk. Serie II.	4½	99,90 bz
do. III. v. St. 3½ g.	3½	85,50 bz
do. do. VI.	4½	99,50 G
do. Hess. Nordbahn	5	103,75 bz
Berlin-Görlitz	5	101,75 B
do.	4½	91,00 B C85,00
Breslau-Freib. Lit. DEF.	4½	— —
do. Lit. G.	4½	— —
do. do. J.	4½	93,25 bzG
do. do. K.	4½	93,25 bzG
do. von 1876	5	100,70 G
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	93,00 G
do. . . Lit. B.	4½	— —
do. . . . . IV.	4	94,30 bzG
do. . . . . V.	4	— —
Halle-Sorau-Guben	4½	101,20 G
Hannover-Altenbeken	4½	96,50 G
Märkisch-Posener	5	102,25 G
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	— —
do. do. II. Ser.	4	— —
do. do. Obl. I. u. II.	4	— —
do. do. III. Ser.	4	96,00 B
Oberschles. A.	4	94,50 G
do. B.	3½	85,50 G
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	85,00 G
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	101,60 bzG
do. von 1869.	5	101,10 bzG
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	— —
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,00 B
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	99,75 bz
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Dux-Bodenbach	5	62,50 G
do. II. Emission	5	53,50 bz
Prag-Dux	fr.	19,00 B
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	85,10 G
do. do. neue	5	83,90 G
Kaschau-Oderberg	5	60,10 bzG
Ung. Nordostbahn	5	56,60 G
Ung. Ostbahn	5	53,00 G
Lemberg-Czernowitz.	5	66,50 G
do. do. II	5	65,75 bzG
do. do. III.	5	61,00 bz
do. do. IV.	5	56,50 bz
Mährische Grenzbahn.	5	50,25 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	19,30 G
do. II.	fr.	16,20 G
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	63,25 G
Oesterr.-Französische	3	328,00 G pS.i.F.
do. do. II.	3	315,00 bz „
do. südl. Staatsbahn.	3	236,00 bG pSiF.
do. neue	3	235,75 bzG „
do. Obligationen	5	77,75 G
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	74,40 bz
Warschau-Wien II.	5	93,00 G
do. III.	5	88,30 G
do. IV.	5	80,75 bz
do. V.	5	73,40 bzB

Wechsel-Course.

Platz	Sicht	Zf.	Cours
Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3½	168,25 bz
do. do.	2 M.	3½	167,35 bz
London 1 Lstr.	3 M.	3	20,265 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	2	81,00 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	198,30 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	199,30 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	167,40 bz
do. do.	2 M.	4½	166,30 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien

Divid. pro	1876	1877	Zf.	Cours
Aachen-Mastricht.	1	—	4	17,90 bzG
Berg.-Märkische.	3¾	3⅓	4	71,25 bz
Berlin-Anhalt	6	5¾	4	86,75 bzG
Berlin-Dresden	0	0	4	11,10 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	13,20 bz
Berlin-Hamburg.	11	11½	4	179,75 bz
Berl.-Potsd-Magdb	3½	3½	4	73,50 bzG
Berlin-Stettin	8 9/10	7 1/10	4	106,50 bzG
Böhm. Westbahn.	5	5	5	72,00 G
Breslau-Freib.	5	2½	4	56,50 bz
Cöln-Minden	5 1/6	—	4	97,50 bz
Dux-Bodenbach. B	0	0	4	11,50 G
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	9	4	103,50 bzB
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	11,25 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	9,25 B
Kaschau-Oderberg	4	4	5	43,60 etbzG
Kronpr. Rudolfb.	5	—	5	46,60 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	180,00 bz
Märk.-Posener	0	0	4	17,50 bz
Magdeb.-Halberst.	8	8	4	107,90 bz
Mainz-Ludwigsh.	5	5	5	70,50 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	97,25 B
Oberschl. A. C. D. E.	9⅔	8½	3½	121,00 etbzG
do. neue (50% Einz.)	—	—	5	— —
do. B.	9⅔	8½	3½	— —
Oesterr.-Fr. St.-B.	5 9/5	6	4	429,50-29 bz
Oest. Nordwestb.	5	4,15	5	177,50 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	120,00 B
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	48,50 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6⅗	6⅓	4	99,10 bzG
Reichenberg-Pard.	4½	—	4½	31,60 bz
Rheinische	7½	—	4	105,50 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	93,75 bz
Rhein-Nahe-Bahn.	0	0	4	7,40 bz
Rumän. Eisenbahn	1	—	4	28,50-29 bzG
Schweiz Westbahn	8/5	—	4	13,60 G
Stargard-Posener	4½	4½	4½	100,80 bz
Thüringer Lit. A.	9¼	7½	4	110,60 bz
Warschau-Wien.	8⅔	5	4	147,50 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Name	1876	1877	Zf.	Cours
Berlin-Görlitzer	0	0	5	35,30 bzG
Breslau-Warschau	0	0	5	20,25 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	32,10 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	20,10 G
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	— —
Märkisch-Posener	3¾	4¾	5	80,40 bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	71,00 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	99,90 bz
Ostpr. Südbahn	5	5	5	90,00 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6⅖	6⅓	5	109,00 B
Rumänier	8	8	8	73,00 bzG
Saal-Bahn	0	0	5	16,00 bzG
Weimar-Gera	0	0	5	— —

Bank-Papiere.

Name	1876	1877	Zf.	Cours
Alg. Deut. Hand.-G	0	2	4	32 G
AngloDeutscheBk.	0	0	4	29,25 G
Berl. Kassen-Ver.	10 7/12	8 4/15	4	139,00 G
Berl. Handels-Ges.	0	0	4	54,75 bz
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	6½	6	4	80,00 G
Braunschw. Bank.	5	3	4	79,40 B
Bresl. Disc.-Bank.	4	3	4	56,10 bzG
Bresl. Wechslerb.	5⅔	5⅓	4	68,00 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	70,75 bz
Danziger Priv.-Bk.	7	0	4	103,25 G
Darmst. Creditbk.	6	6¾	4	107,00 bzG
Darmst. Zettelbk.	5¼	5¾	4	97,80 bz
Deutsche Bank	6	6	4	90,90 bzG
do. Reichsbank	6⅓	6,29	4½	152,60 bzG
do. Hyp.-B. Berlin	8	7½	4	87,25 bz
Disc.-Comm.-Anth.	4	5	4	113,00 bz
do. ult.	4	5	4	113,00-13,25
Genossensch.-Bnk.	5⅓	5½	4	91,25 bzG
do. junge	5⅓	5½	4	94,50 B
Goth. Grundcredb.	8	8	4	101,00 G
Hamb. Vereins-B.	10	10⅝	4	122,60 G
Hannov. Bank	5 14/15	6	4	102,25 ebzG
Königsb. Ver.-Bnk.	5⅓	6	4	82,50 G
Lndw.-B. Kwilecki.	5⅓	—	4	52,00 bz
Leipz. Cred.-Anst.	6	5⅔	4	104,00 G
Luxemburg. Bank	6	6⅘	4	97,00 bzB
Magdeburger do.	6	5 9/10	4	105,00 G
Meininger do.	2	2	4	74,50 G
Nordd. Bank	8	8½	4	133,00 G
Nordd. Grundcr.-B.	6	5	4	68,10 G
Oberlausitzer Bk.	1⅔	3	4	57,00 bzG
Oest. Cred.-Actien	1¼	8⅛	4	361-32½-61½
Posner Prov.-Bank	6⅓	6½	4	103,00 bz
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	94,50 bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	116,00 B
Sächs. Bank	8	5¾	4	102,25 bzG
Schl. Bank-Verein	5	5	4	76,75 B
Thüringer Bank	0	—	4	74,50 G
Weimar. Bank	0	0	4	35,50 bz
Wiener Unionsbk.	1 11/14	3½	4	95,60 G

In Liquidation.

Name	1876	1877	Zf.	Cours
Berliner Bank	—	—	fr.	8,50 B
Berl. Bankverein	—	—	fr.	24 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	11,80 G
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	18,50 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	fr.	13 B
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	3½	—	fr.	105,00 G
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	54,00 B

Industrie-Papiere.

Name	1876	1877	Zf.	Cours
Berl. Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	565 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	3,10 etbzG
do. Reichs-u. Co.-E.	0	0	4	68,25 G
Märk. Sch. Masch. G	0	0	4	11,75 bzG
Nordd. Gummifab.	3	4	4	— —
Westend. Com.-G.	0	—	fr.	— —
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12⅔	8	4	94,20 B
Schles. Feuervers.	18	25	4	834 B
Donnersmarkhütt.	3	—	4	22,00 B
Dortm. Union	0	—	4	5,25 bzG
Königs- u. Laurah.	2	—	4	71,60 B
Lauchhammer	0	—	4	16,00 bz
Marienhütte	6	—	4	46,00 G
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Redenhütte	0	—	4	1,70 bzG
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	— —
Schl. Zinkh.-Actien	7	—	4	84,50 G
do. St.-Pr.-Act.	7	—	4½	90,00 bz
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	27,50 bzG
Vorwärtshütte	0		4	— —
Baltischer Lloyd	—	—	fr.	3 G
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	2⅔	1	4	44,50 bzG
do. ver. Oelfabr.	3½	—	4	46,25 B
Erdm. Spinnerei	0	0	4	13,00 bz
Görlitz. Eisenb.-B.	18/5	—	4	45,75 B
Hoffm's Wag. Fabr.	0	0	4	— —
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	29,10 G
Schl. Leinenind.	5⅓	—	4	59,75 bzG
do. Porzellan	0	1½	4	32,75 B
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	— —

Bank-Discont 4 pCt
Lombard-Zinsfuss 5 pCt

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 24. Mai. Gegenüber der Meldung der Blätter von Bemühungen der Anglobank in Paris, einen Vorschuß auf den 60 Millionencredit Namens des gemeinsamen Finanzminister aufzubringen, kann die „Presse" authentisch erklären, daß weder der gemeinsame noch der österreichische Finanzminister irgend Jemand hierzu bevollmächtigte.

London, 23. Mai. Unterhaus. Auf eine Anfrage Hartington's erklärte Schatzkanzler Northcote, daß er die Berathung des für die indische Truppenexpedition erforderlichen Nachtragscredits auf nächsten Montag anberaumt habe. Hierauf wurde die Berathung über die Hartington'sche Resolution, betreffend die Verwendung indischer Truppen, fortgesetzt. Der Staatssecretär des Innern, Croß, sprach sich für die Verfassungsmäßigkeit der Maßregel aus und hob hervor, daß die Geheimhaltung derselben durch die Umstände geboten gewesen sei. — In der heutigen Sitzung des Unterhauses war der Kronprinz des deutschen Reichs zugegen.

London, 23. Mai. Unterhaus. Fortsetzung der Debatte über die Resolution Hartingtons. Croß hob ferner hervor, die Regierung glaubte, als er die Absendung indischer Truppen beschloß, das Land sei in imminenter Gefahr, die Prärogative der Krone berechtigten die Regierung zu diesem Schritte. Die Verfassung werde dadurch nicht verletzt; er sei überzeugt, das Land billige die Handlungsweise der Regierung.

London, 23. Mai, Nachts. Das Unterhaus verwarf Hartingtons Resolution mit 347 gegen 226 Stimmen; die Majorität für die Regierung beträgt 121 Stimmen. Hickbeachs Amendement wurde ohne Abstimmung genehmigt.

Petersburg, 23. Mai. Das Befinden Gortschakoff's ist insofern zwar besser, als die Schmerzen minder heftig sind und der Kranke das Bett zeitweilig mit dem Ruhesessel vertauschen kann, aber die Anschwellungen und die Schwäche sind unverändert. General Ignatieff, welcher erkrankt ist, befindet sich besser.

Brüssel, 23. Mai. Sitzung der Repräsentantenkammer. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Beernaert, erklärte auf eine Anfrage des Deputirten Delhaye, die Verhandlungen mit Holland wegen des Canals von Terneuzen seien noch immer in der Schwebe, die eingetretene Verzögerung habe darin ihren Grund, daß wegen des Rückkaufs der Eisenbahnlinie Antwerpen-Rotterdam Verhandlungen eingeleitet seien. — Der Gesetzentwurf wegen Rückkaufs eines Theiles der flandrischen Eisenbahnlinie wurde von der Kammer genehmigt.

Perpignan, 23. Mai. Nach hier vorliegenden Nachrichten hat sich in den spanischen Ortschaften in der Nähe von Junquera eine Schaar von etwa 50 bewaffneten Personen gezeigt, die unter dem Rufe: „Es lebe die föderale Republik!" die Ortschaften durchzog und die Zollwachposten entwaffnete.

Triest, 23. Mai. Der Lloyddampfer „Jupiter" ist gestern Abend 10 Uhr aus Konstantinopel hier eingetroffen.

Plymouth, 23. Mai. Der Hamburger Postdampfer „Silesia" ist hier eingetroffen.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Wien, 23. Mai. Das „N. W. Tagblatt" meldet, wie gerüchtsweise verlautet, würde der Congreß am 20. Juni zusammentreten.

Paris, 23. Mai. Die mit der hiesigen russischen Botschaft in Beziehung stehende „France" meldet, falls der Frieden erhalten bleibt, gedenke Kaiser Alexander abzudanken und werde sein Nachfolger alsdann eine Verfassung in Rußland einführen.

London, 22. Mai. Auf einem Meeting der Conservativen theilte der Herzog v. Athole mit, die Königin Victoria habe ihre Zuversicht betreffs Erhaltung des Friedens ausgesprochen, auch glaube er es in friedlichem Sinne deuten zu müssen, daß die Königin in nächster Zeit nach Schottland abreisen werde.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T. B.) **Paris**, 23. Mai, Abends. Boulevard-Verkehr. 3% Renten 74, 55, Neueste Anleihe de 1872 110, 10, Türken 1865 9, 65, Staatsbahn —, —, Neue Egypter 200, —, Banque ottomane 368, —, Italiener 73, 85, Chemins égyptiens —, —, österr. Goldrente —, —, ungar. Goldrente 73, Spanier exter. —, neueste Russen de 1877 80⅛. Steigend.

Frankfurt a. M., 23. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 395. Pariser Wechsel 81, 08. Wiener Wechsel 167, 00. Böhmische Westbahn 145. Elisabetbahn 143½. Galizier 205¾. Franzosen*) 213¾. Lombarden*) 59¾. Nordwestbahn 87¾. Silberrente 54. Papierrente 52⅛. Goldrente 59⅞. Ungar. Goldrente 71⅜. Italiener —. Russische Bodencredit 69½. Russen 1872 77⅝. Neue russische Anleihe 76⅞. Amerikaner 1885 —. 1860er Loose 102⅞. 1864er Loose 247, 80. Creditactien*) 180. Oesterr. Nationalbank 664, 00. Darmst. Bank 106¾. Meininger Bank 74¼. Hessische Ludwigsbahn 71. Ungarische Staatsloose 142, 50. do. Schatzanweisungen, alte, 100⅜. do. Schatzanweisungen, neue, 92¾. do. Ostbahn-Obligationen 61⅛. Central-Pacific 102⅞. Reichsbank 153. Silbercoupon —. Rudolfsbahnactien —. Deutsche Reichsanleihe 96⅛. — Recht fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 180⅞, Franzosen 214½, Lombarden —, —, Galizier —, —, 1860er Loose —, —, ungarische Goldrente —, neueste Russen 77 5/16, Goldrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 23. Mai, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 115, Silberrente 54, Goldrente 60, Credit-Actien 181¼, 1860er Loose 103¼, Franzosen 535, Lombarden 149, Italien. Rente 72¾, Neueste Russen 77¼, Vereinsb. 123¼, Laurahütte 70¾, Commerzbank 98⅜, Norddeutsche 132¾, Anglo-deutsche 29½, Intern. Bank 74⅛, Amerikaner de 1885 96⅝, Köln-Minden. St.-A. 98¼, Rhein. Eisenb. do. 106¼, Berg.-Märk. do. 71⅛, Disconto 2½ pCt. — Schluß sehr fest.

Hamburg, 23. Mai, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco matt, auf Termine flau. Roggen loco und auf Termine flau. Weizen pr. Mai 218 Br., 216 Gd., per Juni-Juli per 1000 Kilo 210 Br., 209 Gd. Roggen per Mai 141 Br., 139 Gd., per Juni-Juli per 1000 Kilo 135 Br., 134 Gd. Hafer ruhig. Gerste flau. Rüböl matt, loco 65, pr. Mai per 200 Pfd. 65. — Spiritus ruhig, per Mai 42¾, pr. Juni-Juli 43¼, per Juli-August 44⅛, per August-September pr. 1000 Liter 100% 45⅛. — Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loco 10, 70 Br., 10, 60 Gd., pr. Mai 10, 60 Gd., pr. August-December 11, 50 Gd. — Wetter: Veränderlich.

Liverpool, 23. Mai, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Stetig. Tagesimport 13,000 Ballen, davon 11,000 Ballen amerikanische, 2000 Ballen Maceio.

Liverpool, 32. Mai, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Ruhig, Zeit fest.

Middl. Upland 6⅛, middl. Orleans 6 5/16, middl. fair Orleans 7½, middl. Mobile 6⅛, fair Pernam 6⅜, fair Bahia 5 15/16, fair Maceio 6⅝, fair Maranham 6½, fair Rio 6⅛, middl. Egyptian 5½, fair Egyptian 6¾, good fair Egyptian 7⅛, fair Smyrna 5½, fair Dhollerah 4 13/16, fully good fair Dhollerah 5 9/16, middl. fair Dhollerah 4 9/16, middl. Dhollerah 4 1/16, good middl. Dhollerah 4¼, fair Domra 4¾, good fair Domra 5¼, fair Scinde 4 15/16, fair Madras 5 5/16, fair Bengal 4⅜, good fair Bengal 4⅞, fair Tinnevelly 5¼, fair Broach 5 5/16.

Pest, 23. Mai, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco und Termine flau, per Herbst 10, 10 Gd., 10, 20 Br. — Hafer per Mai-Juni 6, 20 Gd., 6, 25 Br. — Mais, Banat, per Mai-Juni 6, 82 Gd., 6, 87 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 23. Mai, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest, per Mai 32, 50, per Juni 31, 50, per Juli-Aug. 30, 75, per Septbr.-December 29, 50. — Mehl fest, pr. Mai 68, —, per Juni 67, —, pr. Juli-August 66, 50, pr. September-Decbr. 64, —. Rüböl fest, per Mai 90, 50, per Juni 91, —, per Juli-August 91, —, per September-December 90, 25. Spiritus fest, per Mai 61, 50, per Septbr.-Decbr. —. Wetter: Regen.

Paris, 23. Mai, Nachm. Rohzucker behauptet, Nr. 11/13 pr. Mai pr. 100 Klgr. 55, 75, Nr. 5 7/9 pr. Mai per 100 Kilogr. 61, 75. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 pr. 100 Kilogramm pr. Mai 65, 50, per Juni 65, 50, pr. Juli-August 65, 75.

London, 23. Mai. Havannazucker flau.

Antwerpen, 23. Mai, Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer angeboten. Gerste weichend.

Antwerpen, 23. Mai, Nachmittags 4 U. 30 M. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 26 bez. und Br., per Juni 26¼ Br., per September 28 Br., per September-December 28¾ Br. — Matt.

Bremen, 23. Mai, Nm. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 10, 65, pr. Juni 10, 65, per Juli 10, 80, pr. Septbr. 11, 20, per August-December 11, 40.

Berlin, 23. Mai. [Börse.] Die politischen Nachrichten lauteten heute wieder etwas günstiger; der Congreß scheint den neueren Meldungen zufolge gesichert und wird sogar schon der 20. Juni als Eröffnungstag desselben bezeichnet. Dieser Umstand allein ließ den Mangel an Mittheilungen über das Resultat der Mission des Grafen Schuwaloff in den Hintergrund treten, obschon gerade das intensive Schweigen über diese Angelegenheit zur Vorsicht mahnen sollte. In dieser Beziehung ist allerdings auch den Aeußerungen des Herzogs von Athole immerhin ein besonderes Gewicht beizulegen. Unter dem Eindruck der erwähnten Nachrichten eröffnete die Börse in fester Haltung, zumal auch die Coursdepeschen von den auswärtigen Plätzen, namentlich von Wien und von Petersburg, steigende Tendenz verriethen. Der heutigen Debatte im Reichstage schenkte die Börse nur wenig Aufmerksamkeit, im Uebrigen war auch dasjenige, was darüber an der Börse bekannt wurde, nicht gerade geeignet, die Gemüther zu erregen. Mit der Prolongation wurde zwar begonnen, indeß blieben die diesbezüglichen Geschäfte noch so vereinzelt, daß bestimmte Sätze sich nicht normiren lassen. Der Verkehr in den internationalen Speculations-Papieren zeigte zwar einige Regsamkeit, doch blieben die gestrigen Schluß-Notirungen fast ganz unverändert. Die österreichischen Nebenbahnen trugen eine recht feste Physiognomie und gingen auch ziemlich lebhaft um. Bevorzugt waren neben Galiziern Elisabeth-Westbahn, Josefbahn, Kaschau-Oderberg und Rudolfbahn. In den localen Speculationseffecten gingen dagegen nur kleinere Beträge um, wobei sich das Coursniveau nur wenig veränderte. Es notirten: Disc.-Commandit ult. 113—⅛—¼, Laurahütte ult. 71,60—¼—½. Eine ziemlich feste Stimmung zeigten auch die ausländischen Staatsanleihen, von denen österr. und ungarische Renten ein ziemlich lebhaftes Geschäft aufzuweisen haben. Russische Werthe waren indeß matt und betheiligten sich auch nur sehr wenig am Verkehr. 5proc. Anleihen pr. ult. 76⅞—77—76¾—76⅞. Russische Noten pr. ult. 199½—200—199¾. Preußische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Für Eisenbahn-Prioritäten nur wenig Begehr. Auf dem Eisenbahnactienmarkte entwickelte sich dagegen ein recht lebhaftes Geschäft; von den rheinisch-westfälischen Speculations-Devisen waren ganz besonders Köln-Mindener beliebt. Potsdamer fanden in größeren Posten Abnahme zu steigendem Course, Halberstädter und Anhalter ebenfalls beliebt. Stettiner waren zu etwas billigerem Course angeboten. Leihgeschäfte kamen kaum zu Stande und blieben Actien mit ¼% Leihgeld reichlich offerirt. Rumänen in allen Gattungen steigend und lebhaft. Ostpreußische Südb. und Brest-Grajewo rege. Bankactien fest, aber ruhig. Deutsche Bank zu besserer Notiz in guter Frage. Breslauer Discontobank zog etwas an. Niederlausitzer Bank steigend. Sächsische Bank höher. Darmstädter zu höherem Course begehrt. Norddeutsche Grundcredit, Meininger und Weimarische Bank besser. In Handelsgesellschaft fand reger Umsatz statt. Preußische Bodencredit ließ etwas nach. Metropole gedrückt. Thüringische Bank matt. Essener Credit-Bank niedriger. Industriepapiere mäßig belebt. Große Pferdebahn höher, Centralstraße steigend, Spinn u. Sohn besser, Berliner Wollbank lebhaft gefragt, Breslauer Oelfabrik behauptet, Kramsta Leinen-Industrie höher, Dessauer Gas ließ etwas nach, Anhalter Masch. matter, Hartmann Masch. niedriger, Lauchhammer gedrückt, Witten. Waffen matt, Bonifacius und Redenhütte steigend, Hibernia niedriger, Louise Tiefbau, Menden-Schwerte, Tarnowitzer billiger erhältlich.

Um 2½ Uhr: Sehr fest. Credit 364, Lombarden 120, Franzosen 431, Reichsbank 152,60, Disc.-Commandit 113½, Laurahütte 71¼, Türken —, Italiener 72⅜, Oesterr. Goldrente 59⅞, do. Silberrente —, do. Papierrente 51⅞, 5proc. Russen 77⅜, alte —, Köln-Mindener 98, Rheinische 105,75, Bergische 71,75, Rumänen 29¼, Russische Noten —.

Coupons. (Course nur für Posten.) Amerik. Bonds-Cp. 4,165 bez., do. Pap.-Cp. 4,12 bez., Oest. Silberr.-Cp. 175,50—175,25 bez., do. Eisenb.-Cp. 175,20 bez., do. Papierrente-Coup. 167 bez., Russische Cp. 198,15 bez., Russ.-Engl. Anl.-Cp. 20,54—55 bez., Franz. Coupons 80,90—80,85 bez., Diverse engl. 20,20—20,08, Rumänische Coupons —.

Berlin, 23. Mai. [Producten-Bericht.] Das Wetter hat sich im Laufe des Vormittags freundlich gestaltet. Roggen wurde reichlich angeboten und erst bei merklich ermäßigten Preisen hat sich der Umsatz auf Termine zu einiger Regsamkeit entwickelt. Zum Schluß gewann die Haltung etwas mehr Festigkeit. Waare verkauft sich recht schwerfällig. — Roggenmehl billiger verkauft. — Weizen war sehr flau und hat sich ansehnlich im Werthe verschlechtert, dabei ist es aber zu lebhaftem Handel gekommen. — Hafer loco und auf Termine behauptet. — Rüböl wurde auf nahe Lieferung durch Realisirungen erheblich gedrückt, in Folge dessen hat auch Herbst etwas nachgeben müssen. — Petroleum etwas niedriger. — Spiritus eröffnete entschieden fest, hat aber gegenüber etwas vermehrten Anerbietungen ein gutes Theil der gestrigen Steigerung wieder aufgeben müssen.

Spiritus loco „ohne Faß" 53,1 M bez., per Mai 52,8—52,5 Mark bez., per Mai-Juni 52,8—52,5 Mark bez., per Juni-Juli 52,9—52,5 Mark bez., per Juli-August 53,8—53,5 Mark bez., per August-September 54,5—54,1 M. bez., per September-October 53,8—53,4 M. bez. Gekündigt 50,000 Liter. Kündigungspreis 52,6 Mark.

⁂ **Breslau**, 24. Mai, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr im Allgemeinen schleppend, bei mäßigem Angebot Preise schwach preishaltend.

Weizen in gedrückter Stimmung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 18,70 bis 20,50—21,40 Mark, gelber 18,60—19,60 bis 20,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur feine Qualitäten verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 12,40—13,40 bis 13,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. neue 13,10—14,30 Mark, weiße 15,20—16,10 Mark.

Hafer vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. neuer 11,10 — 12,30 — 13,00 bis 13,50 Mark.

Mais gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 11,40—12,00—13,50 Mark.

Erbsen schwächer angeboten, pr. 100 Kilogr. 14,00—15,00—17,00 Mark.

Bohnen ohne Angebot, pr. 100 Kilogr. 19,00—19,50 bis 20,00 Mark.

Lupinen, nur feine Qualitäten verkäuflich, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,10 bis 10,30—11,00 Mark, blaue 8,80—9,80—10,30 Mark.

Wicken schwach gefragt, pr. 100 Kilogr. 10,20—11—11,80 Mark.

Oelsaaten nominell.

Schlaglein in ruhiger Haltung.

Rapskuchen behauptet, pr. 50 Kilogr. 7,40—7,60 Mark.

Leinkuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 8,70—9,20 Mark.

Kleesamen nominell, rother pr. 50 Kilogr. 32—42—47—52 Mark, — weißer pr. 50 Kilogr. 40—48—57—65—70 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 15—19—20,50 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 30,50—31,50 Mark, Roggen fein 21,00—22,00 Mark, Hausbacken 19,50—20,50 Mark, Roggen-Futtermehl 9,50—10,25 Mark, Weizenkleie 8,25—9,00 Mark.

Heu 2,50—2,80 Mark pr. 50 Kilogr.
Roggenstroh 18,00—20,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Mai 23., 24.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Morgens 6 Uhr.
Luftwärme	+ 13°,2	+ 10°,7	+ 10°,4
Luftdruck bei 0°	331''',02	329''',26	327''',95
Dunstdruck	2''',64	2''',92	3''',93
Dunstsättigung	43 pCt.	58 pCt.	80 pCt.
Wind	SW. 1.	SO. 1.	SO. 1
Wetter	trübe.	bedeckt.	bedeckt.
Wärme der Oder			+ 12°,2

Breslau, 23. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 64 Cm. U.-P. — M. —

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.